

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens vorher nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühren
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Bur Reform der Schwurgerichte.

Dem Bundesrathe ist ein Entwurf zugegangen über die Reform von Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung. Dieser Entwurf bezieht sich gegenwärtig im Justizauschuss des Bundesraths.

In dem Entwurf sind Vorschläge enthalten zur Reform der Schwurgerichte. Auch wir halten eine Reform dieser Gerichte für recht dringlich. Doch wenn wir die Vorschläge der preussischen Regierung betrachten, so kommt uns eine solche Reform vielmehr als ein Rückschritt vor.

Zunächst soll die Zahl der zum Fällen des Urtheils erforderlichen Geschworenen von 12 auf 6 herabgesetzt werden. Dieses Erachtens würde durch diese Herabsetzung der Zahl das Vertrauen zum Geschworenengericht noch mehr erschüttert werden, als es in zahlreichen Bevölkerungskreisen jetzt schon ist. Denn wenn man sich auf den Boden der gegenwärtigen Schwurgerichte stellt, dann repräsentieren zwölf Geschworene doch noch eher ein Volksgericht, als sechs; und wenn auch eine größere Gewähr gegen eine tendenziöse Zusammensetzung der Geschworenenbank, als sechs und wenn auch ihre Selbständigkeit dem richterlichen Elemente gegenüber besser wahren. Dann ist der Einzelne geschützter gegen das Diktum eines verdammenden oder auch freisprechenden Urtheils und auch schon dadurch wird seine Unabhängigkeit gewahrt werden.

Wir würden es deshalb für einen großen Fehler halten, wenn die Zahl der Geschworenen herabgesetzt würde.

Ferner soll noch eine Bestimmung aufgenommen werden, welche die Befugnisse der Geschworenen wesentlich beschränkt. Gegenwärtig kann nur ein einstimmiger Bescheid des Richterkollegiums das zu Ungunsten des Angeklagten gefällte Urtheil lassiren und den Fall vor ein anderes Schwurgericht verweisen. Nach dem neuen Entwurf soll hierzu die einfache Majorität des Kollegiums genügen. Dadurch aber würde das richterliche Element dominirend, die Majorität des Richterkollegiums würde der Majorität des Volksgerichts direkt übergeordnet werden.

Wenn sich dadurch auch die Position des Angeklagten etwas bessern würde, so würde aber die Autorität des Volksgerichts in demselben, ja in weit höherem Maße sinken.

Wir sprechen hier vom Volksgericht, welches die Schwurgerichte bilden sollen, welches sie aber leider nicht bilden und wenn die Reformvorschläge der preussischen Regierung von Bundesrath und Reichstag angenommen werden sollten, noch weniger bilden würden.

Und da kommen wir an den Punkt, in welchem wir den Reformhebel ansehen möchten.

Die Mitglieder der Schwurgerichte werden von den Behörden ernannt und zwar aus den mehr oder weniger Besizenden einer Stadt oder eines Kreises. Zu der Velleidung des Geschworenenamts ist eine bestimmte Steuerhöhe erforderlich. Kenntnisse, Talent, Charakter berechtigen ohne den leibigen Besitz nicht zu dem Geschworenenamt. Die Unabhängigkeit und noch viel weniger der nöthige Verstand sind aber an den Besitz nicht gebunden.

So kommt es häufig genug vor, daß man bei zahlreichen Geschworenen die Frage aufzuwerfen berechtigt ist, ob sie auch die Fähigkeiten besitzen, ihres Amtes voll und ganz zu warten.

Und die zweite Frage ist dann doch auch naturgemäß die: vertreten denn die Besizenden allein das Volk?

Der Reichstag, der höchste gesetzgebende Körper des Vaterlandes ist nicht so exklusiv, wie die Geschworenenbank. Zum Reichstagsabgeordneten kann auch der Besitzlose gewählt werden und es werden in den Reichstag Personen gewählt, die nach den bestehenden Gesetzen das Recht und die „Befähigung“ nicht haben, als Geschworene zu fungiren. Das ist in der That ein Nonsens!

Deshalb geht unser Vorschlag dahin, die Geschworenenbank aus Allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehen zu lassen. Die Bedingungen mögen dieselben, wie bei den Reichstagswahlen sein.

Dann würde man befähigte Geschworene erhalten; zu solchen Geschworenen würde das ganze Volk Vertrauen haben und wirkliche Volksgerichte würden Urtheil und Recht sprechen.

Die meisten Vergehen und Verbrechen sind diejenigen wider das Eigenthum. Sicherlich halten auch wir diese Vergehen und Verbrechen für verdammenstwerth und den strengsten Gesetzen unterworfen. Aber da diese Verbrechen meist durch Besitzlose begangen werden, so erscheint es mehr als fraglich, ob die Aburtheilung derselben lediglich durch Besizende den Rechtsanschauungen des Volkes entspricht.

Und auch bei allen anderen Vergehen und Verbrechen ist es richtig, wenn die erwählten Vertrauensmänner des Volkes das Urtheil sprechen. Dadurch wird das Rechtsbewußtsein des Volkes gehoben, und wir haben die feste Ueberzeugung, daß durch die Rechtsprechung der Volksgerichte die Vergehen und Verbrechen vermindert würden. Noch wollen wir bemerken, daß es dann auch als selbstverständlich anerkannt werden müßte, daß außer Uebertretungen und Bagatelvergehen alle Kriminalfälle, be-

sonders auch die sogenannten politischen Vergehen und Verbrechen den Volksgerichten überwiesen werden müßten.

Niemand aber würde sich besser bei diesem Verfahren befinden, als die Regierung, das heißt als die Regierung, welche sich auf das Volk stützt. Und sollte vielleicht auch ab und zu ein sogenannter politischer „Verbrecher“ freigesprochen werden, jede Verurtheilung aber durch das Volksgericht würde dem wegen politischen Vergehens Verurtheilten den Nimbus rauben, während jetzt durch Verurtheilung des Richterkollegiums ein politischer „Verbrecher“ in der Achtung nicht nur seiner Gesinnungsgeossen gemeinlich noch emporsteigt.

Wir glauben, daß in der That die von uns angeedeutete Reform der Schwurgerichte segensreich für Volk und Vaterland sein würde. Die jetzt im Bundesrath geplante ist es nicht. Bei unserer Reform können wir uns nebenbei noch den Gläubigen gegenüber auf den alten, frommen Spruch stützen:

„Volles Stimme ist Gottes Stimme.“

Bur Erhöhung der Getreidezölle.

Alle politischen Fragen, selbst diejenige der Kolonialpolitik, treten momentan juristisch vor den Zollpolitischen Fragen, die der neue im Reichstage verhandelte Zolltarif angeregt hat.

Neben der ungemehnen Erhöhung der Holzölle sind es die Getreidezölle, die vorzugsweise das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen. Schon seit Jahren lamentiren die Landwirthe über den schlechten Stand der Landwirtschaft, in allen Lokalen jammern sie über das Sinken der Getreidepreise und über den geringen Verdienst, den sie erzielen.

Nun ist es aber merkwürdig, daß gegenwärtig gerade in denjenigen Gegenden das lauteste Geschrei ertönt, in denen Jahre lang das wenigste Korn gebaut wurde, in denen vielmehr durch den Bau der Eisenbahnen, welcher der Landwirtschaft ungemein hohe Procente eingebracht hat, ein förmlicher Ackerbau getrieben worden ist. Jahrelang sind der Zuckerindustrie, mit welcher der Ackerbau zusammenhängt, durch das deutsche Reich, indem dasselbe eine ungerechtfertigte Rückvergütung der Steuer zuleist, viele Millionen in den Schooß geworfen worden, so daß sich der deutsche Landwirth mit habgierigem Fanatismus auf den Zuckertübeln aufwarf.

Dieser riesigen Konkurrenz erlag die junge Industrie. Trotz der Staatshilfe wurde sie durch die wahnstänige Ueberproduktion in den Staub gerissen und ist für mehrere Jahre lahmgelegt.

Nun jammert man nach Getreidezölle, und die Regierung will eine Zollserhöhung auf Roggen und Weizen bis auf 2 resp. 3 M. herbeiführen. Nimmt man noch die Erhöhung des Holzes auf Rehl hinzu, so wird die Steigerung der Ausgabe, den ein Theil, der ärmere Theil der Bevölkerung, zu Gunsten eines anderen, des wohlhabenderen Theils der Bevölkerung, zu tragen hat, sich auf ca. 60 Millionen Mark belaufen.

macht, genau paßt auf die Persönlichkeit, welche vorzestern auf eine so eigenthümliche Weise aus Inverneß verschwand?

„Ganz recht!“ bestätigte Mr. Cabry. „Ich habe sie genau gesehen, diese Frau. Sie trug ein goldenes Kreuz um den Hals und einen goldenen Pfeil im Haar. . . . Aber sie hatte doch mit einer Herze keine Aehnlichkeit, denn sie trug nicht schlechte, oder gar mangelhafte Kleidung.“

„Was hat es mit dem Verschwinden dieser Frau für eine Verwandniß?“ fragte der Wirth neugierig. „Bitte, erzählen Sie von der Frau, die Sie in Inverneß sahen.“

„Es war vorzestern ein gräßliches Schneewetter, so daß es für uns und jeden anderen Menschen unmöglich war, unsern Weg fortzusetzen. Wir mußten in Inverneß übernachten, und blieben dort in dem Gasthose. Spät am Abend hält eine Miethskutsche an. Eine Frau steigt aus, verlangt ein Zimmer und bezahlte ihre Rechnung für die Nacht im Voraus. Wir sahen Beide diese Frau. Sie schien eine Dame der höheren Stände zu sein. Sie trug ein goldenes Kreuz um den Hals und einen goldenen Pfeil im Haar. Ich sah sie ganz genau, denn ich begegnete ihr auf dem Gange, während sie sich in ihr Zimmer begab. Ich betrachtete sie sehr genau, denn auffallend bleibt es doch immer, daß bei solchem Wetter eine Dame allein reist. Ich dachte bei mir, es gehört viel Mourage und eine eiserne Gesundheit dazu, bei solchem Wetter eine Reise zu unternehmen.“

„Die Dame übernachtete mit Ihnen in demselben Gasthose?“

„Übernachtete? . . . Das kann man so eigentlich nicht sagen. Als das Kammermädchen am andern Morgen in ihr Zimmer trat, war sie verschwunden.“

„Sie hat sich während der Nacht entfernt? Und bei dem Wetter?“

„Das ist ja eben das Auffallende! Bei dem Wetter hat sie sich entfernt, und Niemand hat davon etwas gesehen, daß ein Fuhrwerk sie erwartet hätte. Sie muß also zu Fuß das Haus und vielleicht die Stadt verlassen haben.“

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dug.
(Fortsetzung.)

„Erlauben Sie, Mr. Knog,“ sagte der Aeltere, ehe er sich nach dem Feuerschein griff meine Augen an. Sie wissen, man ist durch das lange Arbeiten empfindlich gegen das helle Licht.“

Er griff mit diesen Worten in die Tasche seines Mantels, zog einen mächtigen, grünen Schirm heraus, freiste denselben über sein dünnes grau melirtes Haar, und nahm nun auf dem beweglichen Sitz neben dem Romin Platz, wo sein jüngerer Begleiter es sich bereits bequem gemacht hatte. Der Wirth gestellte sich zu ihnen, auch er mit einem Glase Punsch versehen, und ließ sich angelegen sein, seine Gäste zu unterhalten.

„Also Amtsgeschäfte führen Sie hierher?“ fragte er. Natürlich, bei solchem Wetter macht sich der Herr Sheriff nicht selber auf den Weg, da schickt er seine Leute. Es ist wirklich ein Ereigniß, wenn in Schottland in dieser Jahreszeit die Leute reisen.“

„Ja, ja, angenehm ist's nicht,“ erwiderte Raydor, „und wenn man's nicht hätte um den Unterhalt des Lebens, so würde man solche Reise nicht unternehmen; aber ich habe eine Mutter und eine Schwester zu unterhalten, und darf nicht die zwanzig Schillinge nicht verlieren, die ich jede Woche Gehalt bekomme, da muß man auch schon solche Strapazen unternehmen.“

„Aber, mich schaudert, wenn ich an den Weg denke. Aber nun sind Sie wenigstens zu Pferde, da geht's noch; aber man sollte kaum glauben, daß es möglich ist, daß jemand um diese Jahreszeit zu Fuß durch die Berge wandert.“

„Zu Fuß? Pah, Sie scherzen, Mr. Knog!“

„O, nein! Die Herze, die um diese Jahreszeit unsere Gegend hier durchstreift, ist nicht allein zu Fuß, sondern sogar sehr mangelhaft bekleidet.“

„Was, eine Herze hier in diesen Gegenden?“

Vortrefflich, Mr. Knog! zu einem solchen Wetter in der Nacht, bei einem Kaminfeuer, da passen Herzengeschichten am besten. — Erzählen Sie weiter von Ihrer Herze.“

Die Gesellschaft am Kamin bemerkte nicht, daß die beiden Fremden, welche am anderen Ende des Zimmers verborgen saßen, da der matte Schein der Dellampe kaum bis auf ihren Platz drang, mit eigenthümlichem Interesse auf diese Unterredung lauschten.

„Sie glauben, ich erzähle Ihnen ein Märchen,“ fuhr der Wirth fort; „ich spreche aber die reine Wahrheit. Sie können darnach jeden Bewohner von Blackfield fragen, daß drei Wochen lang um die Weihnachtszeit, eine alte Frau, die man hier schlechtweg die schwarze Herze nennt, die Berge durchstreift.“

„Eine Bettlerin,“ meinte Mr. Cambry.

„Durchaus nicht!“ versetzte der Wirth, „sie bittelt nicht; wovon sie sich nährt, weiß man nicht. Einige sagen, daß sie Kräuter und Wurzeln unter dem Schnee hervor-scharrt; Andere wollen gesehen haben, daß sie sich ein Kaninchen fange, es nothdürftig am Feuer brate und verzehre. . . . Ich sage Ihnen, es schwebt ein Geheimniß über diese Frau, das kein Mensch ergünden kann.“

„Mich wundert, daß sie nicht schon einmal aufgegriffen ist; Landstreicher pflegt man ja nicht zu dulden.“

„Ja, läßt sie sich denn aufgreifen? . . . Wenn sie einen Verfolger wittert, so verschwindet sie in den Schluchten, in den Bergen und Wäldern, daß Niemand ihr folgen kann. O, sie kennt jeden Fuß breit Landes hier in diesen Gegenden, und wer es unternehmen würde, ihr in der Eile, mit welcher sie flieht, zu folgen, würde sicherlich den Hals brechen. . . . Aber man hat sie vielfach aus der Ferne gesehen, und daß sie keine gewöhnliche Landstreicherin ist, darauf schwören Alle, die sie gesehen haben. Sie trägt ein goldenes Kreuz um den Hals und eine goldene Nadel im Haar; also so arm, daß sie sich nicht ordentlich leiden und ernähren könnte, ist sie nicht.“

„Was Teufel, Herr Knog! das klingt ja wunderbar, was Sie da sagen!“ rief Mr. Raydor. „Wissen Sie“ — wandte er sich an seinen ältern Kollegen, — „daß die Beschreibung, die uns Herr Knog von der schwarzen Herze

...Schwierigkeiten hinsichtlich der Zahl der Deputierten. ...

Der Senat hat gestern den § 1 des Entwurfs ...

...die Erhöhung der ...

Großbritannien.

Unter den englischen Arbeitern bricht sich der ...

Den Vorschlag über das für Suakin bestimmte ...

Kommunales.

Hundesteuer. Der Magistrat wird jetzt seine ...

...oder wenigstens dem Tode nahe ist, gewisse ...

...Rechtswürdig! rief Harriers, „so befinden wir uns ...

...ja, meine Mutter spricht auch noch oft mit ...

wenig Neigung vorhanden, die Hundesteuerfrage ...

Die die Unterführung der Blücherstraße unter ...

Der Kultusminister hat für den im Besitz des ...

Lokales.

Für die Familie des ermordeten Droschkenbesizers ...

Der „Tisch des Hauses“ spielt in den Parlamenten ...

Zahlreiche Anwohner der Bernauer, Garten- und ...

Eine eigenthümliche Wette wurde am Sonntag ...

Ueber die Verhaftung einer Falschmünzerverbände ...

„Es ist ein eigenthümliches Mißgeschick, Mr. Knog ...

...Sagen Sie denn, das es sich hier um Angelegenheiten ...

...Da haben Sie Recht,“ erklärte der Wirth, „Rowland ...

R. vorsichtiger und er brach das Gespräch darüber ab. ...

Ueber einen Straßenraub, welcher am 5. d. Mts. ...

Siebzehn neue Laternen bekommt demnächst die ...

N. Die bekannte „Menschenfalle“, nämlich der schräge ...

b. Zu den mannigfachen Börsen, welche Berlin aufzuweisen ...

als morgen zu gewöhnlicher Amtszeit Amtshandlungen vornehmen.“

„Warum nicht, meine Herren?“ wandte Mr. Harriers ein.

„Etwas auf dem Herzen hat der alte Rowland,“ sagte der Wirth.

„Ich sage Ihnen, meine Herren, er hat ein Verbrechen begangen, und will seine Geständnisse machen,“ meinte Harriers.

„Im Fall er ein Verbrechen begangen, handelt es sich vielleicht darum, eine unschuldig angelegte Person von dem Verdacht zu reinigen,“ meinte Naybor.

„Jedenfalls, meine Herren, würde ich Ihnen rathe, und Sie dringend bitten, Sie schieben die ganze Angelegenheit nicht bis morgen auf, sondern, da hier Gefahr im Verzuge ist, gehen mit mir zu dem Sterbenden und nehmen diese Nacht noch das Protokoll auf.“

Der jüngere der beiden Schreiber schien sehr wenig Lust zu haben, da erstens die Reise ihn ermattet hatte, und zweitens der Duft von gebratenem Hammelfleisch lieblich durch die geöffnete Thüre der Küche hindrängte.

Mr. Cambry aber fühlte vielleicht, daß man hier das persönliche Interesse und Wohlbehagen der Pflicht zu opfern habe, vielleicht auch regte sich in ihm ein gewisses Mitleiden mit der noch unbekanntem Person, die für das noch unbekanntem Verbrechen in den noch unbekanntem Verdacht gekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

N. Ueber eine Blutvergiftung mit einer Bleifeder wird uns das Nachfolgende berichtet. Ein in der Bismarckstraße wohnender Handlungsgehilfe L. hatte vor einigen Tagen des Unglück, sich mit einer scharf angefeuchteten Bleifeder eine anscheinend nur geringe Verletzung am Arm zuzufügen, die von Herrn L. ihrer Giftigkeit wegen Anfangs nicht weiter beachtet wurde. Am nächsten Tage verspürte Herr L. einen heftigen Schmerz am Arm, so daß er schließlich, da der Arm eine hellenweiße Entzündung aufwies, zu einer ärztlichen Konsultation schreiten mußte. Ein zu Rath gezogener Arzt konstatierte eine Blutvergiftung, die sich aber glücklicherweise noch erst im Entstehungsstadium befand. Durch eine sofortige sachgemäße Behandlung, konnte eine Weiterverbreitung der Entzündung und einer dadurch vielleicht nötig werdenden Amputation des Armes verhindert werden.

Gerichts-Zeitung.

Das seiner Zeit bekannt gewordene Uebervahren des 83 Jahre alten Professors Dr. Michael beschränkte heute die erste Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Angeklagt ist der Richter Friedrich Herrmann wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Uebertretung der Gewerbeordnung. Der Angeklagte kam am 24. Oktober pr. um 1 Uhr Nachmittags vom Pögnitzplatz her und fuhr in die Schillstraße ein. In der Nähe der Wisemannstraße überfuhr gerade der sehr schwerhörige und kurzstichtige Professor Michael den Straßendammbau nach rechts. Der Angeklagte sah den alten Herrn und ließ ihn dreimal an, ohne daß sein Ruf irgend eine Wirkung hatte; er bog daher mehr nach rechts aus und parierte sein müßiges Pferd, vermochte aber nicht mehr zu verhindern, daß derselbe den Professor Michael umstieß und daß die Räder seines Wagens über den rechten Schenkel desselben hinweggingen. Der alte Herr erlitt bei diesem Unfall Verletzungen an Schulter und Schenkel und einen Rippenbruch, wodurch er drei Wochen an das Bett gefesselt wurde. Weitere Folgen sind nicht eingetreten. Der Angeklagte, welcher sowohl bei dem Unglücksfall als später seine warme Theilnahme für den Verletzten an den Tag gelegt hat, stellte jede Fahrlässigkeit seinerseits in Abrede und suchte auf die Einrede des Verletzenden, warum er nicht links ausgebogen sei, klar zu machen, doch er dann erst recht den alten Herrn umgerissen haben würde. Der Gerichtshof erachtete eine Fahrlässigkeit dennoch für vorliegend, indem nach Lage der Sache der Angeklagte die Gänge seines Pferdes so weit märgeln mußte, daß er jeden Augenblick anhalten konnte. Er verurtheilte den Angeklagten zu 100 Mark event. 10 Tagen Gefängnis, während Staatsanwalt Haack sogar unter Ausschluß der Geldstrafe 3 Monate beantragt hatte.

Die Anfangs Dezember pr. gemeldete Beleidigung durch das Telephon gelangte heute auch zur Verhandlung vor der fünften (Berufungs) Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der Kaufmann Ludwig Sauer versendet häufig auf der Arhalter Eisenbahn seine Eisenmaaren und bestellt hierzu durch sein Telephon die benötigten Waggons. Am 8. Oktober pr. hatte er einen solchen Waggon bestellt, der nach den Betriebsvorschriften schon am folgenden Tage bereit stehen mußte, während er am 10. noch nicht zur Disposition gestellt war. Nach der Befragung des Assistenten Conrath soll Sauer ihm mittels des Telephon zugerufen haben: „Sie werden doch zugeben müssen, daß Ihre Wagengestellung eine b u m e l i g e ist.“ Hierdurch erachtete das Betriebsamt zu Halle a. S. eine ihr unterstellte königliche Behörde für beleidigt und stellte den erforderlichen Strafantrag. Das Schöffengericht erkannte aber auf Freisprechung des angeklagten Kaufmanns Braun, da die Absicht desselben, einen bestimmten Beamten oder eine bestimmte Behörde zu beleidigen, nicht angenommen werden könne. Hierauf legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein mit dem Antrage, den Angeklagten wegen Beleidigung zu 30 Mark event. 3 Tagen Haft zu verurtheilen. Demgegenüber plaidirte Rechtsanwalt Dr. Grelling auf Befristung des ersten Urtheils, eventuell auf Einstellung des Verfahrens, da der Strafantrag nicht ordnungsmäßig gestellt sei. Entweder konnte ihn das Betriebsamt nur wegen Beleidigung seiner selbst oder einer ihm unterstellten bestimmten Behörde stellen. Das erstere sei aber nicht beleidigt, eine bestimmte Behörde nicht bezeichnet. Der Gerichtshof erkannte auf Verwerfung der Berufung, da sich der Angeklagte in Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen befand und der Ausdruck „bumelige“ gleichbedeutend mit Nachlässigkeit sei. Zur Erhebung eines deraufliegenden Vorwurfs sei aber der Angeklagte vollkommen berechtigt gewesen.

Hannover, 9. Februar. Die Untersuchung gegen den Pastor Fied aus Hertenhausen wird, wie der „S. C.“ hört, am Dienstag, den 24. Februar cr., und die drei folgenden Tage vor dem, wie bereits mitgeteilt, am 16. d. Mts. unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors v. Stodhausen, beim hiesigen Landgericht zur Verhandlung kommen. Fied ist wegen Meineids, Verleitung zum Meineide und Vornahme unsittlicher Handlungen mit Mädchen unter 14 Jahren angeklagt. Neben ihm werden noch 9 Personen, größtentheils Frauen und Mädchen, wegen Meineids auf der Anklagebank sitzen. Diese sollen in dem früheren Verfahren meistens zu Gunsten Fied's ausgesagt haben. Die Verhandlungen werden, wie wohl anzunehmen ist, nicht öffentlich sein.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Unter den Konserativen regen sich immer mehr Stimmen, welche die Auslosigkeit oder doch die geringe Bedeutung der Bismarck'schen Sozialversuche offen eingestehen. Prof. Hans v. Saeel, Geheimrath im statistischen Amt, geht auch seine eigenen Wege, die ihn dem Sozialismus viel näher bringen, als es vielen seiner Mit-Geheimräthe lieb sein wird. In einem Vortrag für die Befestigung in Dresden äußerte v. Saeel unter Anderem: „Die Grundlage, auf der die Sozialpolitik zu bauen hat, ist das Streben nach sozialer Gleichheit, dem in praktischen Leben das auf Ungleichheit gerichtete Streben der Verfaß- und Besitzgruppen entgegensteht. Die thatsächliche Entwiclung steht also nicht im Einklang mit der sozialen Idee, und so soll durch die Sozialpolitik eine Vermittlung herbeigeführt werden, um einer gewaltsamen Lösung dieser Frage vorzubeugen. Das Hauptproblem, welches hierbei zu lösen ist, ist die Herbeiführung eines Normalarbeitstages in irgend welcher Form. Nicht minder ist es die Aufgabe der Staatsverwaltung als Arbeitgeber, die wirtschaftliche Stellung der durch sie beschäftigten Arbeiter zu heben zu suchen. An dritter Stelle ist in den Besitz-Klassen die Ungleichheit in der Sicherheit der Unterhaltungsmittel der wirtschaftlichen Existenz auszugleichen. Versuche, hier vermittelnd einzugreifen, sind bisher kaum gemacht worden, nur gegen die Folgen dieser Verhältnisse hat man angeknüpft durch Armenversorgung, besonders durch Kranken- und Unfallversicherung. Die eigentliche Aufgabe der Sozialpolitik ist hier die eine Sicherung der Arbeitskräfte durch die Arbeitlosen herbeizuführen, mit anderen Worten, das Recht auf Arbeit für alle Erwerbsfähigen zu verwirklichen. Bisher ist dieses Recht auf Arbeit nur bei den Staatsbeamten durchgeführt worden, die bei einem bestimmten Befähigungsnachweis nach Maßgabe des Bedürfnisses ein Recht auf Anstellung haben. Die Aufgabe des Staates kann hier nur so aufzufassen sein, daß er Maßregeln zu treffen hat, um die Arbeitsgelegenheit entsprechend den Arbeitskräften zu gestalten. Schließlich wäre noch die Ungleichheit der Bildung (des Wissens und der Lebensanschauung) auszugleichen.“ Ueber den Bismarck'schen Sozialsozialismus geht das doch weit hinaus.

In den Arbeiterkolonien zeigen sich unsere „Bagnunden“ sehr ordentlich, oft musterhaft ordentlich, — ein Beweis, daß die Ausschreitungen, welche man sonst von ihnen hört, nur Ausfluß ihrer Noth und ihrer Verzweiflung sind. In dem letzten Bericht des schlesischen Provinzialvereins wird das Betragen der Kolonisten „in musterhaftem“ genannt. Der Anhang zur Kolonie (in Wanscha) ist seit Eintritt des Winters ein so starker, daß allein in der letzten Novemberwoche gegen 30 Arbeit suchende Reisende abgemiesen werden mußten. Dieses Schicksal theilt die Schlesische Kolonie ja mit allen anderen; die Arbeitslosigkeit ist eben eine erschreckend große und alle kleinen Mittel werden ihr immer nicht gewachsen sein. Ueberhaupt Aufnahme fanden in Wanscha bis einschließlich zum 30. November: 83 Mann, darunter 59 aus Schlesien. Dem Gewerbe nach waren unter den 83: 9 Arbeiter, 8 Schuhmacher, je 7 Bäcker und Kaufleute, je 4 Barbier, Maurer, Tuchmacher und Schlosser, 3 Kanalarbeiter, je 2 Buchbinder, Bergleute, Lehrer, Schneider, Uhrmacher, Dachdecker, Dekonomen, Weber und Nagelschmiede, je 1 Brauer, Bildhauer, Kutscher, Kellner, Radler, Müller, Steindruckere, Steinbauer, Krankenpfleger, Zimmermann, Fleischer, Glasbleiser, Gärtner, Maler und Sellar. 58 von den Kolonisten waren evangeltischer, 25 katholischer Konfession, 6 ledig, 6 verheiratet, 9 verwittwet, 4 geschieden.

Der etwas katholisch-frömmelnde Arbeiter- und Unternehmerverband „Arbeiterwohl“, der durch stilles Verhalten, durch Schriften über „das häusliche Glück“, den „Schonaps“ und durch ähnliche lauwarme Umschläge die soziale Frage behandelt, veröffentlicht soeben wieder einen „Kompas“ für den jungen Arbeiter. Auch für Lehrlinge, Gesellen und brave Bauernburschen sehr empfehlenswerth und einen „Kompas“ für den verheirateten Arbeiter. Auch für den Handwerker und Bauersmann sehr empfehlenswerth.“ Die königliche Regierung in Münster macht in ihrem Amtsblatt gewaltige Anekdoten für die Schriften. „Der Inhalt dieser beiden mit großem Geschick und in übersichtlicher Weise angelegten Bücher veranlaßt uns, alle diejenigen, welche ein Herz für unsern Arbeiterstand haben, auf das dringendste aufzufordern, auch diesen praktischen und eindringlich belehrenden Werken nach Möglichkeit in den Kreisen Eingang zu verschaffen, für welche sie bestimmt sind.“ An die sämtlichen Herren Landräthe, Kreisverwalter des Bezirkes, an den Gewerberath in Minden und den Herrn Oberbürgermeister sind Abschriften „zur Kenntnissnahme mit dem Anheimgeben, den Zwecken des Vereins „Arbeiterwohl“ nach Möglichkeit förderlich zu sein“ mitgeteilt. Da muß den dortigen Arbeitern ja bald ein wahres Himmelslicht aufgehen.

Die Selbstmorde in den verschiedenen Ländern nehmen nach einer amtlichen Zusammenstellung fast überall zu. In Bayern war die durchschnittliche Zahl der Selbstmorde in den Jahren 1868—70 447, also 80 auf eine Million, von 1876 bis 1880 ist diese Biffer auf 656 oder 127 auf eine Million gestiegen. In Sachsen in der gleichen Periode von 216, auf die Million Einwohner, auf 384 (ein Plus von 133). In Frankreich erhöbt sich diese Biffer von 139 auf 169. In Oesterreich von 71 auf 169. Betrachtet man die Biffer der letzten Jahre, so ergibt sich überall ein Wachsen der Selbstmorde. So hat Sachsen im Jahre 1883 ein Steigen von 384 auf 391 auf eine Million aufzuweisen. Die wilsche Zahl der Selbstmorde war 1206. Die Schweiz hatte 682 Selbstmorde im Jahre 1883. — Die Selbstmorde sind ein ganz gutes Anzeichen für Ju- oder Abnahme des allgemeinen Wohlstandes. Obige Statistik könnte man daher ein Bild der fortschreitenden wirtschaftlichen Auslösung unserer modernen Staaten nennen.

Aus der Provinz Sachsen ziehen, wie der „Volkzeitung“ gemeldet wird, jetzt die nicht verheirateten, zum Theil aber schon seit Jahren hier ansässigen polnischen und ostpreussischen Arbeiter wieder in ihre Heimat zurück, da sie kein Engagement für die nächstjährige Zuckerfabrik-Kampagne erhalten können. Es ist allerdings recht traurig für diese Leute, die nun irgendwo andere Arbeit suchen müssen und auch wahrscheinlich für einen geringen Lohn finden. Aber überall, wohin sie gelangen, werden sie, wie sie es auch hier gethan haben, den Lohn der heimischen Arbeiter herabdrücken.

Die Rückwanderung nach Europa aus den Vereinigten Staaten von Amerika nimmt gegenwärtig nicht unerhebliche Dimensionen an. Vor allen anderen Staaten stellt Pen s y l v a n i e ein großes Kostlager. Die Geschäfte liegen dort, besonders auch in der Hauptstadt Philadelphia, schwer darnieder. Wenn nicht Alles trägt, so werden die Geschäftslosigkeit und der Mangel an lohnender Arbeit in Nordamerika ihre Schatten bald schon über Deutschland werfen. Bei der letzten größeren Handels- und Arbeitskräft stand Amerika auch an der Spitze, Europa folgte nach und lag noch in der schlimmsten Krise, als Amerika sich schon wieder erholt hatte. Das jugendliche Amerika kann eben den sozialen Krankheiten besseren Widerstand entgegenstellen, als das alternde Europa.

Pest, 9. Februar. Strikes. Der Omnibus-Strike welcher dadurch entstanden ist, daß der Magistrat die Unterwerfung unter das neue Statut verlangte, dauert fort. Die Omnibusfahrer halten täglich Versammlung in einem Kaffeehaus und sind entschlossen, der Magistratskommission zu trotzen. Auch zwei andere Strikes sind im Anzuge. Die Falter und Komfortabler fordern eine 50prozentige Fahrpreis-Erhöhung anlässlich der Ausstellung und drohen, wenn ihnen dieselbe nicht gewährt wird, mit Einstellung des Dienstes während der Ausstellung. Ein anderer außergewöhnlicher Strike ist der der Maler, welchen die zum Ankauf ihrer Bilder seitens der Ausstellungs-Kommission vorlitzte Summe von 20000 fl. zu gering ist. Die Künstler verlangen eine Summe von 50000 fl. und eine besondere Entreegebühr für die Befestigung der Bildergalerie auf der Ausstellung. Im Falle einer Nichtverhandlung wollen die Maler und Bildhauer eine ganz separate Ausstellung im Künstlerhause arrangieren.

Frauen- und Kinderarbeit. Nach einem Bericht der „Bild-Losung“ sind in der Braunschweigischen Altiengeleschaft für Jute und Flach-Industrie 598 Personen männlichen und 1372 weiblichen Geschlechts beschäftigt; hiervon sollen auf die Fabrik in Bechelde 134 resp. 332 Personen jugendliche Arbeiter (unter 16 Jahren) sind in beiden Fabriken 61 männlichen und 114 weiblichen Geschlechts beschäftigt.

Vereine und Versammlungen.

b. Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Dampf- und Wasser-Armaturen beschäftigte sich auch in seiner am Sonntag, den 7. d. Mts., bei Grauwitz abgehaltenen und zahlreich besuchten Versammlung unter dem Voritze des Herrn Wurche mit dem bekannten Strike in der H. Joseph'schen Armaturen-Fabrik. Als Referent über die bekannte Strikessache dieser Fabrik sprach unter dem Beifall der Versammlung das Mitglied Herr Teutsch. Derselbe wandte sich hauptsächlich gegen die bekannte neueste Zeitungspublikation des Herrn Joseph, in welcher derselbe sich bemühte, den Strike als einen ungerechtfertigten und die Angaben der Strikenden resp. des ihre Sache vertretenden Branchen-Fachvereins über die Mehrzahl des jetzigen Fabrikpersonals des Herrn Joseph als nicht zutreffend darzustellen, nebenbei aber, oder, wie richtiger, vor Allem die eigene (Herrn J.'s.) angeblich fröhlich bewiesene Humanität in das hülfe Licht zu setzen. Namentlich bespricht der Referent unter Zustimmung und Bestätigung von Seiten der an der Diskussion sich betheiligenden ehemaligen Joseph'schen Arbeiter, die Richtigkeit der von Herrn Joseph gemachten Behauptung, erst seine Werkmeister hätten die betreffenden (jetzt strikenden) Arbeiter zu leistungs-fähigen, tüchtigen Leuten ausgebildet. Allseitig wurde versichert, daß dazu speziell die jetzigen Werkführer des Herrn J.

vielleicht mit Ausnahme eines einzigen, ganz außer Stande seien u. s. w. An der Diskussion nahmen u. A. als Gäste auch die Herren Kojahn und Quindern (vom Verein der Berliner Metallarbeiter) sehr regen Antheil. Beide betonten die hohe prinzipielle Bedeutung des in Rede stehenden Strikes für alle Berliner Metallarbeiter, ja für alle Berliner Arbeiter überhaupt, da es sich bei demselben um eine mit Lohnreduktion gleichbedeutende Verlängerung des Arbeitslages durch Verkürzung der Mittagspause handelt, im Vergleich mit welcher eine Lohnreduktion noch als das kleinere Uebel erschiene. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine zu Gunsten des Strikes und der Strikenden sich aussprechende Resolution an, welche denselben die energischste Unterstützung sandte.

Eine öffentliche Schuhmacherverammlung fand am Montag, den 9. d. Mts., im Lokale des Herrn Altemann, Dennewitzstraße 13, unter Vorsitz des Herrn Wasewitz statt und der Tagesordnung: 1. Der Strike der Hamburger Kollegen, Referent Herr Poppe. 2. Die Thätigkeit der Lohnkommission. 3. Verschiedenes. Da Herr Poppe am pünktlichen Erscheinen verhindert war, wurde der zweite Punkt der Tagesordnung nicht erst erledigt; worüber Herr Baginski das Referat übernahm. Derselbe weist nach, daß die Lohnkommission nicht dazu dienen, wie es von unklaren Köpfen oft behauptet wird, Sit's zu promoviren, sondern dazu sich berufen fühlt, den Uebelständen, welche in unserer Branche vorherrschend sind, auf friedlichem und geistlichem Wege abzuwehren. Vor Allem hat sich die Lohnkommission zur Aufgabe gestellt, den faumlichen Kollegen zu beweisen, daß sie in einer wahrhaft gedrückten Lage sich befinden, sowie, daß sie bei einer 14—16stündigen Arbeitszeit nicht so viel verdienen, um ein erträgliches Dasein zu fristen. Die Ursache des ersten Uebels ist die freie Konkurrenz, welche allgemeine Verarmung zur Folge hat. Ferner hat Maschinenwesen, welches immer mehr Kollegen brotlos macht und die Landstrichen mit Bagnunden bevölkert. Durch die lange Arbeitszeit und den geringen Lohn werden die Schuhmachergesellen meist dem Stichtum, namentlich der Schwelgerei, preisgegeben. Den Beweis hieron liefern die in ihren Aufzeichnungen der Kranken- und Sterbefälle. In der Abtheilung dieser Uebelstände hält die Lohnkommission es für ihre Pflicht, durch eine Petition an den Reichstag dahin zu wirken, einen geregelten Maximal-Arbeitszeit und eine der nationalen Arbeit so schnell wie irgend möglich einzuführen. Ferner müsse in ganz Deutschland eine einheitliche Organisation ins Leben getrieben werden. Vor Allem empfehle Redner, dem Unterstützungsverein der Schuhmacher beizutreten, welcher sich zur Aufgabe gestellt hat, den Mitgliedern auf Reisen und den Arbeitslosen eine Unterstützung zu gewähren. — Was den Strike anbelangt, erklärt sich Redner als ein entschiedener Gegner und hofft, daß es noch ein humane Arbeitgeber giebt, welche die Nothlage ihrer Arbeiter anerkennen und aus menschlichem Gefühl ihr Möglichstes anerkennen, die geschilberten Uebelstände zu beseitigen. An der Diskussion betheiligten sich die Herren Kordel und Deck. Beide treten die Ansicht des Referenten. Kordel tritt für die Einmütigkeit ein, weist nach, daß die Schuhmacher auch ein Recht zu leben haben, indem sie mehr arbeiten müssen, als andere Arbeiter; warnen vor den Leuten, die da sagen, „man soll es dem Sparen versuchen.“ Diese Leute machen weiter nichts, als einen Wortschwall und wollen sich noch über das Glend hinaus machen; verbrauchen dabei aber mehr zu einem Frühstück, oft ein Schuhmacher die Woche verdient. Jed beklagt die Zusthausarbeit, freie Konkurrenz und Maschinenwesen. Fronts müsse man gegen die Vertheidiger des Manchestersystems wachen und den Leuten beweisen, daß ihre Lehren der freien Konkurrenz, wonach ein Mensch den anderen beliedien ausbauen kann, keine Freiheit, sondern eine Verheißung ist. Die Zusthausarbeit darf dem freien Arbeiter keine theile bringen. Die Statistik weist nach, daß der Gehalt pro Tag 77 1/2 Pf. verdient, wodurch der freie Arbeiter sehr geschädigt wird. Die Aufgabe jedes Arbeiters sei, auf geistlichem und friedlichem Wege dahin zu wirken, daß die Maschinen zum Wohle der gesamten Bevölkerung dienen müssen. Herr Poppe referirt 1/2 Stunden über den Streik der Kollegen in Hamburg. Er befand sich selbst mit den Ausführungen der vorhergehenden Redner in vollkommener Einverständnis. Dem Redner sollte die Versammlung seinen Vortrag ein nicht endenwollendes Bravo. Der 3. Punkt der Tagesordnung hat für die Öffentlichkeit keine Bedeutung.

Der Fachverein der Stellmacher Berlins hielt am Montag, den 9. d. Mts., seine regelmäßige Versammlung im Vereinslokale, Inselstraße 10 ab, wo der Regierungsverwaltung Herr Reßler einen ausführlichen Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz hielt. Es war hier zuerst zu merken, wie wenig noch das Unfallversicherungsgesetz unter den Arbeitern bekannt ist. Herr Reßler erläuterte dasselbe bis in die kleinsten Details und konstatierte, daß das Unfallversicherungsgesetz unvollkommen dasselbe auch bis jetzt noch ist, doch bald in Kraft treten möge, da es den Arbeitern im Unfall-falle doch schon etwas bietet. Dieser Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Im weiteren Punkte der Tagesordnung sprach Herr Menzel über den Arbeitsnachweis in der Neuen Friedrichstraße 78 a. Er wurde die Zeit, wann die Arbeit ausgegeben wird, auf Morgen von 8 bis 9 Uhr festgesetzt und sämtliche Kollegen gebeten, im Falle einer Arbeitslosigkeit nur Arbeit zu suchen in der Neuen Friedrichstraße 78 a bei Herrn Seiditz.

b. In der gut besuchten Branchen-Versammlung der Mappen- und Pultarbeiter welche am Montag, den 9. d. Mts., auf Veranstaltung der Lohnkommission des Unterstützungsvereins der Buchbinder und verwandten Berufe, in der Alte Jakobstr. 75, unter dem Voritze des Herrn Michelsen tagte, gelangte von der betreffenden Lohnkommission ausgearbeitete Tarif nach eingehender Prüfung mit kleinen Abänderungen resp. Positionserhöhungen in Form einer Petition an den Reichstag. Die Petition enthält die Annahme, der zweite Theil des Tariffs (für die Pultarbeiter) wegen einiger Preissteigerungen noch einmal an die Kommission zurückgewiesen, um denselben unter Berücksichtigung einzelner Pultarbeiter zu ändern. Auch wurde ein energischer zur Durchführung zu bringen. Der Geist der Versammlung erfüllte, war ein vortrefflicher.

b. Die Generalversammlung der Besitzer der anfalliger, welche am Sonntag, den 8. d. Mts., Vormittags bei Besuch in der Dranienstraße stattfand und außerordentlich zahlreich besucht war, beschloß einstimmig: erstens, den aufgestellten Lohnarif noch einmal einer (noch in der Versammlung gewählten) Prüfungskommission vorzulegen, um weitens den strikenden Metallarbeitern der Joseph'schen Fabrik 40 R., den strikenden Strinns-Inspasarbeitern 60 R. Unterstützung zu gewähren; und drittens den Reichstag für den Verein der Bauanschläger beizubehalten und die Mitglieder wieder einzuschreiben.

Briefkasten der Redaktion.

Th. 7. 1. Ad 1 und 2. Von Karl Marx giebt es überhaupt noch keine Biographie, auch ist uns nicht bekannt, ob irgend Jemand damit beschäftigt sei. Ueber Kasse hat v. Wurzbach eine kleine Broschüre geschrieben, die recht graphisch gehalten ist. — Ad 3. Eine empfehlenswerthe Biographie giebt es nicht. Das Beste enthält noch Rudolf Wagner's „Emancipationskampf des vierten Standes“, leider nur bis zum Jahre 1873. Es ist kaum möglich, jetzt schon die letzten wicklungsphasen der Bewegung dazulegen.

Gr. Berfel. Bis jetzt nichts erhalten. Senden Sie genaue Adresse ein.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 36.

Donnerstag, den 12. Februar 1885.

II. Jahrgang.

Zum Berliner Gemeindehaushalt.

ms. Wir werden bei Gelegenheit der Beratungen der Stadtverordneten noch öfter auf den städtischen Etat zurückkommen müssen, und beabsichtigen uns daher zunächst damit, einzelne Punkte hervorzuheben, für welche unsere Leser ein besonderes Interesse haben dürften.

Schon beim ersten Blick auf den Stadthaushalt tritt eine überraschende Thatsache hervor, welcher eine fortschrittliche Gemeindeverwaltung ängstlich hätte ausweichen müssen: nämlich eine ganz bedeutende Ausdehnung der kommunalen Thätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Der deutsche Freisinn gefüllt sich sonst nicht in der Rolle eines Vorkämpfers der Privatwirtschaft; wo der Staat auf irgend eine Industrie seine Hand legen, lie in staatlichen Betrieb übernehmen will, da zehet der Fortschritt, als wenn die Grundfesten der Kultur erschüttert werden sollten. Und die Stadt, deren Verwaltung bisher ausschließlich in seinen Händen lag, hat derselbe Fortschritt einen großartigen Gemeindebetrieb auf wirtschaftlichem Gebiete nicht verhindern können. Die Berliner Kommune versorgt sich und einen Theil ihrer Angehörigen mit Gas und legt dafür 13,8 Mill. Mark aus, die Berliner Kommune beschafft das städtische Trinkwasser und verzeichnet dafür in ihrem Ausgabeetat 4,8 Mill. Mark. Die Kanalisationswerke sind städtisch und beanspruchen in diesem Jahre ziemlich 9 Millionen Mark; für Viehhof und Schlachthof endlich muß man über 2 1/2 Mill. aufwenden —, so daß von den 81 Mill., welche der Etat überhaupt als Ausgaben ausführt, fast genau 30 Mill., also drei Achtel, auf die „städtischen Werke“ entfallen. Desgleichen bei den Einnahmen; die Einnahmen bei den städtischen Werken betragen fast fünfzig Prozent aller sonstigen Einnahmen. Man sieht, auch die fortschrittlichste Verwaltung hat ein gutes Stück Gemeinde-Socialismus nicht verhindern können.

Daß in einer aufstrebenden Stadt — und das ist Berlin in ungewöhnlichem Maße — die öffentlichen Aufwendungen beständig steigen müssen, das leuchtet jedem ein. Es kommt nur darauf an, wie man den Mehrbedarf deckt, und zu diesem Zweck schlägt der Magistrat vor eine Anleihe von 1,2 Millionen Mark und die Beschaffung von 1,2 Millionen aus der Einkommensteuer. Der Magistrat hofft, daß die Rückzahlung der 1,2 Mill. „auch bei dem bisherigen Normalstand der Gemeinde-Einkommensteuer“ wird erfolgen können. Alles gut! Nur fragt es sich, ob man diese Annehmlichkeit nicht um den Preis erkauft, daß man Schulden macht für Zwecke, die bei einer gewissenhaften Finanzpraxis durch die regelmäßigen, regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen erreicht werden müssen. Für einmalige große Aufwendungen, die auch späteren Generationen zu gute kommen, empfiehlt sich gewiß die Beschaffung der Mittel auf dem Wege der Anleihe. Aber die regelmäßig wiederkehrende Bedürfnisse müssen auch die regelmäßigen jährlichen Einnahmen auskommen, sonst wachsen die Schulden lawinenmäßig an. Wenn man in dem einen Jahre zur Deckung des gewöhnlichen Bedarfs Schulden macht, so ist man zunächst zu geborgen; aber der gleiche Bedarf, noch vermehrt um die Zinsen der neuen Anleihe, kehrt im nächsten Jahre wieder, und wenn man wiederum die ordentlichen Einnahmen nicht gesteigert hat, so muß man abermals zu Anleihen greifen. Ein solches System, das Schulden auf Schulden aufbaut, muß jeden öffentlichen, wie jeden privaten Haushalt ruinieren.

Täuschen wir uns nun nicht, so will der Magistrat im vorliegenden Falle allerdings eine bedeutende Anleihe machen, wo er entweder die regelmäßigen Einnahmen zu erweitern, oder die Ausgaben zu beschränken hätte, wenn er Anspruch auf eine „gute und geordnete Finanzverwaltung“ erheben will. Der Magistrat verlangt 3,6 Mill. Mark, auf dem Wege des Anleihe aufgebracht, zur Erbauung höherer Lehranstalten, eines Anstalts für Obdachlose, einer Desinfektionsanstalt, eines Städtischen Krankenhauses und eines Polizei-Dienstgebäudes, sowie zur Fortführung der Kaiser-Wilhelm-Straße und fester Brücken. Nun, an höheren Schulen, Straßen, Brücken u. s. f. wird man jedes Jahr zu bauen haben, und wenn wir heute Schulden dafür machen, womit decken wir dann den Bedarf im nächsten Jahre? Wieder mit Schulden? Ein Theil des diesjährigen Bedarfs mag ja außergewöhnlich sein und für diesen mögen Anleihen aufkommen — aber wahrscheinlich ist es nur ein geringer Theil.

Der Magistrat sucht seinen Vorschlag dadurch annehmbarer zu machen, daß er auf die Mäßigkeit der bisherigen Schuldenlast Berlins hinweist. Wie aus der Uebersicht über den Schuldenstand der Stadtverordnungsversammlung hervorgeht, belief sich am 1. Januar 1885 der Gesamtschuldenlast unserer Stadt auf die Summe von 149 702 575 Mark. Davon entfallen jedoch:

a) auf die Gaswerke	19 892 894 Mark
b) „ Wasserwerke	37 141 732 „
c) „ Kanalisationswerke u. Rieselwerke	60 367 854 „
d) auf Viehhof und Schlachthof	12 259 099 „
e) „ Markthallen	7 860 000 „

In Summa 137 521 579 Mark.

Sodas an sogenannten Kammereischulden, welche die allgemeine Stadtverwaltung zu verzinsen hat und zu amortisieren hat, nur 12 180 996 Mark übrig bleiben. Hiernach kommen auf den Kopf der Bevölkerung nicht einmal 10 Mark. Es ist schon von anderer Seite gefragt worden: Die Kammereischulden betragen bisher 12 Millionen, und da will man in einem einzigen Jahre 3,6 Mill. hinzufügen, — beinahe ein Drittel obiger Summe? Das zu verhalten, sei es durch Abstriche bei den Ausgaben, sei es durch Erhöhung ausreichender ordentlicher Einnahmen, wird eine Hauptaufgabe der Stadtverordneten sein.

Wie steht es im neuen Etat mit der Miethsteuer? Diese Frage wird sich heute sofort ein Jeder stellen. Eine Erhöhung des von der gezahlten Miete erhobenen Prozentsatzes ist natürlich nicht möglich, trotzdem wird eine Erhebnahme von 450 000 Mark in Ansatz gebracht. Hören wir darüber den Magistrat selber, der die Sache sehr ruhig schildert.

„Die Erhebnahme-Ansätze bei der Miethsteuer rechtfertigen sich aus der Fortdauer der bereits zum Stadthaushalts-Etat pro 1. April 1884/85 dargelegten günstigen Ergebnisse der gekammerten Steuerverwaltung vom Jahre 1879/80.“

pro 1. April 1879/80	9 548 224 Mark
1880/81	9 599 240 „
1881/82	9 799 905 „
1882/83	10 012 939 „
1883/84	10 368 318 „

und wird voraussichtlich betragen pro 1884/85 10 672 215 Mark. Angelegt war sie im vorigen Etat mit 10 400 000 Mark. Der Magistrat fügt dem hinzu: „Aus dieser erfreulicherweise andauernden Steigerung der Einnahmen auf Miethsteuer, sowie aus dem ebenfalls fortwährend günstiger sich gestaltenden Verhältnisse der Zahl der Miethberühungen zu der der Ermäßigungen und endlich aus der stetigen Abnahme der Zahl der leerstehenden Wohnungen, glauben wir zu der Annahme berechtigt zu sein, daß, wenn nicht wider Erwarten störende Ereignisse eintreten,

der pro 1. April 1885/86 in den Etat eingestellte Miethsteuerbetrag von 10 850 000 Mark zureichend normirt ist und weder über die Wirklichkeit erheblich hinausgehen, noch wesentlich dahinter zurückbleiben wird.“

Der Magistrat findet diese andauernde Steigerung „erfreulich“, die Zahl der Miethberühungen „günstig“. Vom bloßen Standpunkt finanzieller Plusmacherei ist das ja auch ganz richtig. Für die Bürger bedeutet aber die obige Entwicklung doch, in ebrliches Deutsch überlegt, daß sie erstens mehr Miete zahlen müssen und zweitens, dieser höheren Miete entsprechend, auch mehr Steuer — und darüber werden sich die Einwohner kaum so freuen, wie der Magistrat. Die Ungerechtigkeiten der Miethsteuer treten auch bei dieser Steigerung nur um so schärfer hervor.

Politische Uebersicht.

Zur Abkommandirung. Von dem früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Otto Hermes geht der „Voss Ztg.“ folgendes zur Veröffentlichung zu: „Gegenüber einer in verschiedenen Zeitungen enthaltenen Berufung auf mich, erkläre ich, daß ich keinerlei Briefe im Auftrage der Parteileitung oder im Auftrage des Herrn Eugen Richter in Bezug auf die Abstimmung über das Sozialistengesetz geschrieben habe.“ — Bisher hatten wir gerade den Abgeordneten Dr. Hermes für einen aufrichtigen Fortschrittler gehalten. Nach dieser gerundeten Erklärung aber müssen wir an der Aufrichtigkeit des Herrn Dr. Hermes zweifeln. Also auch er ist ein recht „unsicherer Rationist“, dem man keinen Glauben schenken kann. „Im Auftrage“ hat Herr Dr. Hermes die „Abkommandirungsbriefe“ nicht geschrieben, aber er läugnet auch nicht, daß er die Briefe überhaupt geschrieben hat. Herr Dr. Hermes hat in der That die Briefe abgehandelt, wenn auch nicht im direkten Auftrage, so doch im Sinne des Herrn Eugen Richter. Und damit basta!

Die National-Liberalen haben den Konservativen schon wieder einmal den Rang in der „Gesinnungstüchtigkeit“ abgelaufen. Nicht die Konservativen, sondern die National-Liberalen werden nämlich zur dritten Lesung des Haushalts-Etats im Reichstoge den Antrag einbringen, die gestrichene Forderung von 20,000 Mark für die neue Direktorstelle nunmehr zu bewilligen.

Zu den Armen liegen sich beide — nämlich die Gouvernements- und Norddeutsche Allg. Ztg. — und die „reichsfeindliche“ „Germania“. Sie sind einzig in Bezug auf die Korn- und Holzölle und sprechen gegenseitig mit großer Anerkennung über Verdienste von einander. Bislang konnten sie nicht anders, als wie zwei alte Weiber sich zu beschimpfen. Die Interessengemeinschaft aber einigt selbst diese Ratschabassen.

Die Arbeiterfreunde Adernann und Genossen haben in der sozialpolitischen Kommission des Reichstages folgenden Antrag eingebracht: Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigen in Fabriken und bei Bauten, sowie im Handwerksbetriebe; im letzteren nicht, insoweit die Arbeiten außerhalb der Wohnungen stattfinden oder sich durch Geräusch nach außen hin bemerkbar machen. — (Die geperzte Stelle ist neu.) — Die Arbeiterfreunde Adernann und Genossen wollen wieder einmal den Belz waschen, ohne ihn naß zu machen. Der Antrag hat für die Arbeiter in der Form gar keine Bedeutung, den Herren scheint mehr daran gelegen, daß am Sonntag kein Geräusch stattfindet, als daran, daß die Arbeiter einen Ruhetag erhalten, den ihnen Niemand verklummern darf.

Zur Regelung des Submissionswesens hatte vor einiger Zeit die Tischlergesellen-Lohnkommission dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Denkschrift unterbreitet, welche in eingehender Weise Vorschläge zur Beseitigung der Mängel des jetzigen Submissionswesens, namentlich bei staatlichen Bauten, enthielt. Dem Leiter der Lohnbewegung, Herrn Ködel, ist jetzt folgendes Antwortschreiben zugegangen: „Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Berlin, den 23. Januar 1885. — Die von Ew. Wohlgeboren unter dem 12. d. M. mir vorgelegte Denkschrift über Mängel und Schäden des hiesigen Submissionsverfahrens bei staatlichen Bauten nebst Vorschlägen zur Abhilfe derselben habe ich mit Interesse entgegengenommen und spreche Ihnen für Uebersendung derselben meinen Dank aus. Der Minister der öffentlichen Arbeiten. J. A. (gez.) Schneider.“ — Hoffentlich wird die Denkschrift nunmehr nicht ad acta gelegt, sondern bei passender Gelegenheit in ernste Erwägung gezogen werden.

Das Vorgehen gegen die Reger in Kamerun scheint noch zu diplomatischen Verwicklungen Anlaß zu geben. Die Baptisten-Missionsgesellschaft hat, in Folge von Mittheilungen ihrer Agenten in Kamerun, sich an Lord Granville gewandt, damit Schritte zum Schutze dortiger britischer Unterthanen ergriffen werden und von Deutschland voller Erfolg für die Bekämpfung von Missionseigenenthum — auf 1500 Pfund bis 2000 Pfund veranschlagt — verlangt wird. Die Gesellschaft behauptet, daß die Gebietsabtretung von einem Chef erlangt wurde, der zu deren Gewährung keine Macht hatte.

Frankreich.

Viel Geschrei und wenig Woll! So kann man mit Recht ausrufen, wenn man die spaltenlangen Abhandlungen über einen angeblichen Arbeiter-Krawall in Paris zu Gesicht bekommt. Daß wirkliche Arbeiter sich wenig oder gar nicht an dem Trubel betheiligen haben, geht unzweideutig aus folgender Nachricht hervor: „Sechs von den bei der Versammlung auf dem Drennplatz Verhafteten wurden gestern zu zwei- bis fünfzehntägiger Haft verurtheilt. Die Anklage lautete in allen Fällen auf Verleumdung der Polizei; bloß einer erklärte sich für einen Anarchisten, die übrigen gehörten den Mittelklassen an und waren ausrunder zu den Mittelklassen! Da kann man wieder recht deutlich sehen, daß solche Aufäufe nicht von Arbeitern gemacht werden; es läßt sich wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß das Auftreten der bewaffneten Macht die Gassen herbeilockte.“

Die Kolonialfragen halten auch in Frankreich die Gemüther in Bewegung. Um sie etwas abzukühlen, läßt Präsident Grevy sämtliche Verträge, die Frankreich mit den Hauptlingen der Eingeborenen an der Westküste Afrikas bezüglich der Souveränität, Superanität geschlossen hat, in der Gesesammlung veröffentlichen. Es soll damit dargezogen werden, daß Frankreich im Westen Afrikas sichere Positionen genügend besitze. Einzelne Verträge reichen bis in das Jahr 1846 zurück.

Spanien.

Auch in Spanien machen sich die Folgen einer Arbeiterkrise demütbar. Am Sonnabend veranstalteten 500 beschäftigungslose Arbeiter in Madrid eine Kundgebung, die jedoch friedlich verlief; die Theilnehmer zerstreuten sich, nachdem sie vom Bivollingieur das Versprechen erhalten hatten, daß die

Behörden ihnen Hilfe gewähren würden. Am Sonntag hat der Ministerrath die Angelegenheit beraten und dem Beschlusse des Gouverneurs und des Bürgermeisters, öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen, seine Genehmigung ertheilt. In der Provinz Catalonien sollen mehr als 40,000 Arbeiter ohne Beschäftigung sein. Die socialistische Propaganda hatte in allen Arbeiterklassen großen Erfolg gehabt.

Ägypten.

Der Vertheidiger Khartums, General Gordon ist todt; man kann nicht mehr daran zweifeln, nachdem heute folgende Depeschen eingelaufen: Korti, Montag, 9. Februar, Abends. Wilson, Stuart und Wortley, die nach einer 4-tägigen Reise von Gubat hier eingetroffen sind, haben die Meldung überbracht, daß General Gordon gestorben sei. Ueber die Einzelheiten der Einnahme von Khartum berichtet ein vom Oberst Boscawen in Gubat abgeordneter Bote, ein verrätherischer Pascha habe die Garnison von Khartum seitwärts von Khartum bis nach Omdurman hin marschiren lassen, unter dem Vorgeben, daß auf dieser Seite ein Angriff des Mahdi zu erwarten sei, ein anderer Pascha habe während dessen die Thore Khartums öffnen lassen, die Aufständischen seien mit großer Macht in die Stadt eingedrungen, General Gordon habe in dem Augenblick, in welchem er das Gouvernementshaus verlassen, einen Dolchstoß erhalten.

London, Mittwoch, 11. Februar, früh. Ein Telegramm der „Daily News“ aus Gaddul vom 8. d. M. sagt: Aus Khartum entkommene Eingeborene bestätigen, daß Gordon getödtet wurde, als er aus dem Hause trat, um die ihm treu gebliebenen Truppen zu sammeln. Letztere wurden sämmtlich von den Aufständischen niedergemacht. Bei dem mehrere Stunden dauernden Gemetzel wurden selbst Frauen und Kinder nicht verschont, (?) auch alle Notablen von Khartum mit Ausnahme zweier zum Feinde übergegangener Paschas fanden dabei den Tod.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 11. Februar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths säßt von Bismarck, v. Boetticher, von Burchard, Bronsart von Schellendorff, von Puttkamer, Lucius u. A.
Der Abg. Niebour (Oldenburg) hat sein Mandat niedergelegt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1882 bis 83 und legt dann die erste Berathung der Zolltarif-Novelle fort.

Abg. Nebel: Keine der Erwartungen von 1879, es werde eine Erhöhung der Arbeitslöhne und Vermehrung des nationalen Einkommens eintreten, ist eingetroffen. Fürst Bismarck wies damals auf die Prosperität des schugollnerischen Frankreich, Oesterreich und Rußland hin, aber auch diese Schugollländer befinden sich in einer bedeutenden Krise, die sich über die gesamte Kulturwelt erstreckt. Der Schugoll ist also kein Heilmittel gegen solche wirtschaftlichen Uebelstände, er kann nur bedingungsweise und kurze Zeit helfen. Die geschügten Industrien haben zunächst von ihm Vortheil, aber um so mehr wirt sich das Großkapital auf sie bis zur Uebersproduktion, wie die Lage der Juteindustrie und der Reich der Chemischer Handelskammer beweist. Außerdem ruft der Schugoll auf der einen Seite eine Abwehr auf der anderen hervor, hemmt den Export, bringt dadurch die geschügten Industrien wieder in Noth, und man kommt aus dem circulus vitiosus nicht heraus. Der Kleinbetrieb erliegt dem großen, das kleine Kapital kann sich vor dem großen nicht halten. Ihre Dampferproduktion und Kolonialpolitik steht mit der Schugollpolitik in schroffem Widerspruch; jene sollen neue Exportgebiete schaffen, aber mit dem Export wächst auch die Verpflichtung, andere Produkte mehr als bisher einzulassen, auch australisches Getreide, Fleisch und Wolle, welche die subventionirten Dampfer bringen werden, daher man auch in agrarischen Kreisen bereits damit umgeht, sich einen Zoll von 50 Mark per Doppelcentner der bisher zollfreien Wolle zu erbitten. Woju denn da Dampferlinien subventioniren. Die Kosten dieses Kampfes zählt natürlich immer der Arbeiter und der kleine Mann. Besonders trifft ihn der Holzoll hart: Tischlerei- und Baugewerbe, die Spielwaarenindustrie in Sachsen, die Schnitzerei- und Holzschachtelindustrie in Thüringen, die schon jetzt in Folge der steigenden Holzpreise mehr und mehr zurückgegangen ist, alles Gewerbszweige des kleinen Mannes. Dabei könnten die Fortschrittler wohl auch ohne Zoll, durch intensivere Bewirthschaftung, ertragreicher gemacht werden. Warum liefert denn z. B. die sächsische Forstwirtschaft ungleich höhere Einkünfte als die preussische? Es könnte ferner mehr Waldland in Ackerland verwandelt werden, welches viermal mehr Rente abwirft; und es könnte der große Wildstand, der Wald und Fluren schädigt und auch erhebliche Bewachungskosten verursacht, vermindert werden. Nur die großen Waldbesitzer werden vom Holzoll Vortheil haben; kein kleiner Waldbesitzer, keine fortbestehende Kommune hat um den Holzoll petitionirt. Noch viel mehr aber schädigt der höhere Kornzoll die kleinen Leute. Ein verschwindender Bruchtheil unserer Bevölkerung verkauft Korn, die meisten kleinen Landbesitzer müssen vielmehr noch solches für ihren Bedarf einkaufen. Das ergibt die landwirtschaftliche Statistik. Im Reich haben danach 8 900 000 Familien direkten Schaden von Kornzoll oder doch kein Interesse daran, während nur 658 000 Familien etwas durch den Zoll gewinnen. (Auf rechts: Ihre Zahlen haben keine Bedeutung!) Worte haben erst recht keine Bedeutung, namentlich wenn sie von Interessenten kommen. Also nur der größere Landbesitzer hat vom Kornzoll Vortheil, und die ganz großen Grundbesitzer sogar einen kolossalen. Wie ist denn dieser große Grundbesitzer vertheilt? Im Besitze von nur 17 fürstlichen und gräflichen Familien in Deutschland befinden sich nicht weniger als 404 Quadratmeilen Grund und Boden. Diese Familien werden jährlich Hunderttausende durch den Kornzoll gewinnen, ohne auch nur einen Pfennig mehr für Löhne u. a. auszugeben. Dieser ungeheure Gewinn wird zu neuen Kapitalbildungen und zur Bergförderung der Latifundien verwendet werden. Der Großgrundbesitzer hat ja die natürliche Tendenz, den kleinen auszulassen. In Sachsen z. B. kaufen die Grafen von Schoenburg in der Gegend, wo sie zu Hause sind, jedes kleine Gütchen auf, das nur irgendwer käuflich ist. Der Kornzoll ist zugleich eine Progressivsteuer auf die Armuth der arbeitenden Bevölkerung, ebenso wie der von Petroleum, von Fleisch und das Verbot des amerikanischen Schweinefleisches und Schmalzes. Keine Maßregel ist dem sozialen Frieden schädlicher und reißt den Klassenhaß mehr auf, als gerade diese Vorlage. Wäre sie vor den Wahlen gekommen, dann wären die ganz anders ausgefallen. Die Herren von der Rechten, soweit sie aus ganz bäuerlichen Bezirken stammen, wären vielleicht wiedergewählt. Sie

haben ja den Landarbeitern die schönsten Gemälde vorgemalt, und die Masse, welche diese Dinge nicht beurtheilen kann, hat Ihnen geglaubt. Aber wenn die Erfüllung der schönen Versprechungen dauernd ausbleibt, so werden Sie den Schaden schon spüren. Im Jahre 1879 schiederte Herr von Kleist-Regow, wie durch die Getreidezölle eine Vertheuerung der Arbeitsgelegenheit stattfinden und trotz der geringen Vertheuerung des Brotes der Proletkonsum steigen, die Wangen der arbeitenden Bevölkerung röther werden würden. Was ist aus dem schönen Gemälde geworden? Hat sich in den Berliner Läden die Zahl der Käufer vermehrt, sind irgendwo die Wangen röther geworden? Die Getreidezufuhr aus den Hauptproduktionsländern wird sich freilich nicht vermindern, im Gegentheil, in Folge der stets sich befindenden Transportmittel und der Aufstockung neuer weiterer Gebiete zunehmen. Sie kommen mit Ihrer ganzen Rechnung in die Brüche. Je mehr Sie dem Arbeiter die Lebensmittel verkaufen und den Betrieb der Kleinindustrie und des kleinen Handmanns durch den Großbetrieb aufsaugen lassen, um so dringender werden in weiten Kreisen die Forderungen nach einer Umwandlung des gesammten ländlichen Betriebes werden. Durch diese Zollpolitik wächst der Reichtum einiger großen Besitzer, alle Uebrigen verarmen. Wenn man aber erst einseht, daß die Privatwirtschaft nicht mehr im Stande ist, die Bevölkerung des eigenen Landes zu ernähren, so wird man auch die Nothwendigkeit einer anderen Produktionsweise erkennen und nothwendig zum sozialistischen Betrieb der Ackerbaugenossenschaft übergehen. Diese Vorlage fördert in Wahrheit nicht Ihren Vortheil, sondern regt nur den Haß der Massen gegen Sie auf und fördert die sozialistischen Ideen. Das Buch von Henry George, welches auf Grund der Entwicklung der amerikanischen Grund- und Bodenverhältnisse als ein Bedürfnis der ganzen Nation die Expropriation des gesammten Grund und Bodens aus dem Privatbesitz und die Umwandlung in Nationalland fordert, hat in Amerika 30, in England 10 Auflagen erlebt. In dem Maße, wie Ihre Agrarpolitik die Lebenslage der großen Massen verschlechtert, werden auch in Deutschland solche Kreise, welche bisher allem Sozialismus feindlich waren, für ihn gewonnen werden. Sie (rechts) sind also unsere besten Vorarbeiter und Ihre eigenen Todengräber! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leemann (nationalliberal): Die Gründe gegen die Getreidezölle sind, auch noch so sorgfältig erwogen, fast ausnahmslos theoretische Folgerungen, die mit den Erfahrungen des praktischen Lebens nicht im Einklange stehen. (Oho links.) Es ist keine erfundene Theorie, daß das Ausland im Wesentlichen die Hölle bezahlen muß, sondern Thatsache. Das Angebot ist heute schon größer als die Nachfrage und wird noch von Jahr zu Jahr größer, muß sich also die Preisreduktion im Betrage des Zollzuges gefallen lassen. Das Ausland vermindert deshalb nicht seine Getreideproduktion, denn die Verwendung des Grund und Bodens als Weideland würde noch weniger rentiren, und der dortige Getreidebau arbeitet um mehr als 3 M. pro Doppelcentner billiger als der unstrige. Ein weiteres Zurückgeben der Getreidepreise könnte nur die Nothwendigkeit herbeiführen, den Pflug auszuspannen und weite Kreise unseres Vaterlandes dem natürlichen Graswuchs zu überlassen. (Sehr richtig! rechts.) Es würde Vieh zur Weide gehen, wo jetzt eine zahlreiche fleißige ackerbautreibende Bevölkerung lebt, der dann nichts übrig bliebe, als auszuwandern und die Konkurrenz des Auslandes zu verstärken; unsere eigenen Brüder würden in noch höherem Maße unsere wirtschaftlichen Feinde, als es die ausgewanderten schon jetzt sind. Und selbst aus einer geringen vorübergehenden Steigerung des Getreidepreises würde noch lange nicht folgen, daß mit ihr eine Vertheuerung des Brotes Hand in Hand ginge. Die Erfahrungen, die der Redner in Weidbrunn, wo er wohnt, gemacht hat, beweisen ihm das Gegenheil, wie er siftemäßig ausführt. Kann man da von einer progressiven Besteuerung der Arbeiterbevölkerung durch den Getreidezoll sprechen? Kann man da sagen, daß er ein Agitationsmittel sei und zu einer schweren sozialen Krise führen könne? Wenn man freilich an die Spitze eines öffentlichen Aufrufs die Worte setzt: „Das Brod ist abermals von einer künstlichen Vertheuerung bedroht!“ (Sehr richtig! links), wenn man in öffentlichen Versammlungen in Berlin auspricht, es handle sich um künstliche Vertheuerung einer Hungersnoth (Wochen rechts), dann wird die Vorlage schon als Agitationsmittel benutzt, um des Zustandekommens des Gesetzes durch ein solches Schreckbild zu verhindern. Ich hoffe von Ihnen, daß Sie den weiteren Preisrückgang des Getreides verhindern und die Spekulation zügeln, welche lange vor Feststellung unserer eigenen Entzerrträge große Massen Getreides auf den europäischen Markt wirft, dort durch lange, weit ausgreifende Lieferungsverträge die großen Konsumenten, wie die Mühlen und Bäder, bindet, und dadurch bewirkt, daß unseren Bauern ihr Getreide auf dem Boden liegen bleibt, ohne daß irgend wer darnach fragt. Die Zölle machen das Getreide, wenn auch nicht theurer, doch verlässlicher. Was das bedeutet, haben wir 1882 erfahren: die damalige Ernte war ganz und gar und die von 1883 zu einem großen Theil verläuflich. Die Zollhöhung kommt auch nicht bloß den reichen Großgrundbesitzern, sondern auch den kleinen Besitzern, ja, insofern dadurch eine Erhöhung der direkten Steuern vermieden wird, allen Berufsständen zu Gute. Uebrigens haben nur 25 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Flächen Wirtschaften über 100 Hektar inne, und unter diesen ist wieder eine sehr große Anzahl Bäder, die doch bei der Beurtheilung der in Rede stehenden Frage auch nicht unter die Großgrundbesitzer gerechnet werden können. Es ist überhaupt zu bestreiten, daß die Grenze, bei welcher Getreide verkauft wird, bei 5 Hektar liegt. In Süddeutschland liegt sie mindestens bei 2 Hektar, und in Württemberg wären danach 92 pCt. der ganzen Fläche an den Zöllen theilhaftig. Und wenn man sagt, daß die Zölle eine nationale Gefahr in sich bergen, so behaupte ich vielmehr: es giebt überhaupt keine größere soziale Gefahr als das Verkommen unseres Bauernstandes. (Sehr richtig!) Nach der badischen Enquete wirtschafteten 20 pCt. mit einer Mindereinnahme, 44 pCt. erreichten keine Verzinsung ihres Grundkapitals, 19 pCt. nur eine Grundrente von 1 pCt., 16 eine solche von 2 pCt., 14 eine solche von 2-3 pCt., nur 6 eine von 3-4 pCt. und nur 1 Wirtschaft über 4 pCt. Das sind doch Zustände, die mit Nothwendigkeit aus einer staatlichen Hilfe hinweisen. Abhilfe durch Ausdehnung des Futterbaues und der Viehhaltung ist nicht möglich, weil auch auf dem Gebiete der thierischen Produktion die Konkurrenz schon eine sehr erhebliche ist. Es droht sogar auf diesem Gebiete vielleicht noch größere Gefahr, als sie die Konkurrenz im Getreide mit sich bringt, und die Hohnolle bedarf vielleicht nach dieser Richtung einer Ergänzung. In den Mollereiprodukten stehen wir heute schon vor einer Ueberproduktion. Auch der Raib, Handelsgetreide in größerem Maße anzubauen, kann nicht versagen. Da begegnet uns die Konkurrenz des Auslandes, und die einzige Handelsfrucht, die bisher gut und sicher war, die Ackerzucker, hat einen schweren Stoß erlitten. Draußen im Reich stehen Tausende fleißiger, sparsamer Staatsbürger, welche die schärfste Gewähr für Erhaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bieten und zufinden sind, wenn ihr Loos nur einigermaßen ertüchelt ist. Diese bilden mit Sorge nach dem Reichstag und verlangen von ihm Hilfe in unerschütterlicher Geduld. Er kann sie auch gewähren ohne Schädigung irgend welcher anderer Berufsclassen, wenn er sich durch theoretische Prinzipienfreiheit wie durch politische Parteilichkeiten nicht beeinflussen läßt. (Beifall.)

Abg. Dirlschel (Deutsch-frei): Wenn man die feststehenden Zahlen in's Auge faßt, so ergibt sich, daß von einer dauernden Nothlage der Reichsbevölkerung unserer Landleute nicht ge-

sprochen werden kann. Ich habe mir abweichend von den Notionen eine Zusammenstellung der Preise für die Jahre 1881, 1882 und 1883 und für die 4 Jahre bis zum Eintritt des Zolltarifs gemacht. Da ergibt sich, daß der Durchschnittspreis für Getreide - Gerste ausgenommen, für die ich die Bismarck nicht erhalten konnte - um 0,9 M. höher ist als vor Einführung des Zolltarifs, und zwar ist die Steigerung der durchschnittlichen Preise beinahe entsprechend dem Betrage des Zolles. Ich will auf diese Thatsache nicht weiter eingehen, sie ist aber der Beweis dafür, daß das Ausland den Zoll nicht trägt. Was die animalische Produktion betrifft, so ist für dieselbe eine statistische Grundlage nicht vorhanden. Ich bin daher auf meinen individuellen Eindruck angewiesen, aber nach einer Erfahrung, die ich mir in 28 Jahren erworben habe, muß ich sagen, daß der Preis für das Vieh sich verdreifacht hat. Von anderer Seite ist mir bemerkt worden, daß man nur von einer Verdoppelung des Viehpreises reden könne; aber das ist ja auch schon etwas Nettes. Sehen sie sich weiter die Substitutions-Statistik an, so ergeben sich diese Zahlen ein günstiges Verhältnis und nicht anders steht es mit der Verschuldungsstatistik. Da ergibt sich, daß die Verschuldung relativ gering ist, ja sogar, daß die Verhältnisse günstig liegen in Betreff des kleineren Bauernstandes. Anders allerdings liegen die Sachen für die größeren Grundbesitzer, die oft recht erheblich verschuldet sind. In erster Linie ist der Grund für die Nothlage der Landwirtschaft darin zu suchen, daß in derselben eine Summe von Dilettantismus vorhanden ist, wie in keinem anderen Gewerbe. Ich behaupte, wenn im Handelsstande, in der Industrie oder im Handwerk ein so großer Prozentsatz gar nicht oder ungenügend vorbereitet wäre, wie das hier geschieht, so würden die Klagen dort noch größer sein. Dazu kommt noch eine Ueberschätzung des Werths von Grund und Boden, und weiter kommt dazu eine große Ueberschätzung der eigenen Leistung. Ich frage die älteren Landwirthe, wie viele wohl in ihren jüngeren Jahren von einem Kauf zurückgetreten sind, wenn ein älterer sie vor dem hohen Preise warnte. Und endlich ist ein Grund der Nothlage die Thatsache, daß der Lebensaufwand des Landwirthes sich im Allgemeinen nach der Fläche, die er besitzt, und nicht nach seinem Vermögen richtet. Es ist sehr schwer gegen solche Verhältnisse anzukämpfen, und deshalb haben diejenigen, welche in Folge derselben in präcise Verhältnisse gerathen sind, meine volle Sympathie. Aber etwas anderes ist es doch, wenn auch die Gesetzgebung in Anspruch genommen wird, um solche präcisen Existenzen vielleicht noch ein Jahr, oder ein paar über Wasser zu halten. Wenn mir eine Vorlage, wie die gegenwärtige, gemacht wird, so frage ich zunächst, was der Erfolg dieser Maßregeln sein und wem dieselben zu Gute kommen werden. Von den Herren rechts ist in dieser Beziehung behauptet worden, daß die gesammten Grundbesitzer aus der Erhöhung des Getreidezolles Nutzen ziehen würden. Herr v. Köller hat uns erzählt, daß nach seiner Erfahrung ein Besitzer von 20 Morgen 40 Centner Getreide verkaufen und er hat uns die Zahlen für seine Angaben zur Disposition gestellt. Ich glaube, diese Zahlen haben den einen Fehler, daß sie absolut falsch sind. Zunächst schließt die statistische Erhebung aus, daß der Landwirth im Durchschnitt die Hälfte seines Bodens mit Halmfrüchten bebauen kann. Nach Abzug der Forsten bleiben für die Ackerfläche nur noch 70 pCt. übrig, von denen erst die Hälfte mit Halmfrüchten bebaut werden kann. Ein Besitzer von 20 Morgen würde also mit Halmfrüchten etwa 7 Morgen bestellen können, die auch nicht 5 Centner pro Morgen, sondern im Durchschnitt wohl erheblich weniger Körnerertrag liefern. Bei der weiteren Bebaugung aber, daß eine Arbeiterfamilie mit 10 Btr. Getreide auskomme, wurde mir ganz warm und kalt zu Rathe. Ich hatte meinen Deputanten stets das Doppelte gegeben, ich mußte mir also arge Verschwendung zum Vorwurf machen; ich habe indessen gehört, daß meine Nachbarn überall dasselbe Quantum Getreide an ihre Arbeiterfamilien abgegeben haben. Nun stehen aber auch die Pommeren nicht in dem Ruf, wenig zu essen, ich vermute deshalb, daß auch dem kleinen Bauern, den uns Herr v. Köller vorgeführt hat, nur wenig Getreide zum Verkauf übrig geblieben sein wird. Der Herr Reichskanzler ist freilich noch weiter gegangen als Herr v. Köller; er hat selbst bei einem Besitz von 3 Morgen den Verkauf von Getreide für möglich erachtet. Nach seinen Ausführungen müßte unsere Landwirtschaft nicht nur im Stande sein, unseren Bedarf an Getreide zu decken, sondern sie müßte sogar noch einen erheblichen Ueberschuß erzielen. Ich möchte nur noch eine Bemerkung zu dem gestrigen Schlußwort des Reichskanzlers machen. Er sagte, es sei eine Verlogenheit, wenn man das Gesetz als ein Mittel für die Bereicherung einer kleinen Klasse bezeichne, und als von dieser linken Seite Ausfertigungen des Reichstags laut wurden, hob der Reichskanzler hervor: „mit Ihrem Rücken zeigen Sie, daß Sie sich getroffen fühlen.“ Von der indirekten verbalen Injurie ist er also zu der direkten übergegangen. Nun, ich kann mit dem Reichskanzler und den Herren von der Rechten über den Begriff der Mütterlichkeit nicht streiten. In dieser Beziehung muß ich Ihnen die Priorität überlassen. Ich will nur mit dem Reichskanzler sagen: wohin kommen wir, wenn so gänzlich die Regeln des Zolles der guten Gesellschaft außer Acht gelassen werden. (Beispielsweise von Frankreich macht den Redner darauf aufmerksam, sich nicht zu weit von der Sache zu entfernen.) Ich will nicht behaupten, daß diese Vorlage den bewußten Zweck verfolgt, die Großen auf Kosten der Kleinen zu bereichern, aber natürlich wird dieselbe zu diesem Resultate führen. Nun sagt man, die Arbeitsgelegenheit werde vermehrt werden. Mit demselben Grunde wird jede andere Steuer als eine wirtschaftliche Maßregel zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gerechtfertigt werden können. Allerdings wird der wohlhabende Mann, wenn sich seine Einnahmen vermehren, auch keine Konsumtion erhöhen und so einem Theil seiner Mitbürger Vortheile bringen. Wenn bei Vordert 1000 Nummern mehr verlanft werden, werden auch die Norddeutscher ihren Vortheil davon ziehen. Aber so lange uns nicht der Nachweis geführt ist, daß durch die Vertheuerung des Getreides an sich der Nationalwohlstand wächst, stelle ich alle Ihre Behauptungen dem Spruch Ludwigs XIV. gleich, daß der Luxus des Hofes dem Lande Vortheile bringe. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (kons.): Herr Dirlschel hat die Nothlage der Landwirtschaft zum Theil einer mangelhaften Vorbildung der Landwirthe zugeschrieben. Nach meinen Erfahrungen erhalten aber wenigstens in neuerer Zeit die jungen Landwirthe eine sehr sorgfältige Vorbildung. Die Verarmung des Grundbesitzers ist auch weit mehr, als durch zu großen Aufwand, leichtsinnige Lebensführung u., wovon Herr Dirlschel sprach, durch die Erbtheilungen herbeigeführt worden. In meinem Kreise beispielsweise, wo es noch vor 25 Jahren wohlhabende Bauerngemeinden gab, sind in Folge der Erbtheilung und der damit verbundenen Verstückelung heute sämmtliche Bauerngüter zur Subhastation gekommen. Auf die G.haltung der Proleten ferner wirken so viele Faktoren gleichzeitig ein, daß die direkte Vertheuerung des Brotes durch höhere Getreidepreise nicht nachweisbar ist. Herr Richter, im Vergleich zu welchem Herr Dirlschel ja sehr gemäßigt war, hat dann gesagt, die neue Zollpolitik habe keinem Industriezweige Vortheil gebracht. Darin gebe ich ja Herrn Bebel Recht, daß gegenwärtig durch die ganze Welt eine schwere Krise geht. Ich schreibe ne aber nicht der Zollpolitik, sondern den Währungsverhältnissen zu. Ob meine politischen Freunde den Getreidezöllen nach der Vorlage, oder nach den Vorschlägen der freien wirtschaftlichen Bereinigung zustimmen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Wir hoffen jedenfalls, daß diese Vorlage im Ganzen mit großer Mehrheit angenommen wird und daß wir dadurch einen weiteren Schritt thun auf dem Wege der Gesetzgebung von

1879, die unserer gesammten Erwerbsfähigkeit zum Segen reicht hat. (Beifall rechts.)

Abg. Kröber (deutsch-fr.): Gestatten Sie mir die Erläuterung der im Jahre 1879 eingeführten Zölle auf die Grenzbevölkerung längs unserer Grenze gegen Böhmen etwas näher zu schildern. Längs dieser Grenze haben wir einen zum Getreidebau wenig geeigneten Boden, der weitaus größte Theil des Bodens ist Wald und Weideland, die wenigen Felder werden in der Hauptsache zum Kartoffelbau verwendet, von Getreide bietet nur der Hafer eine sichere Ernte, Winterfrucht friert in der Regel aus. Seit langen Jahren besteht dieses Gebirgsland den weitaus größten Theil seines Getreides aus Böhmen, und zwar kauft der bairische Konsument direkt von dem böhmischen Produzenten auf dem nächst gelegenen böhmischen Markt. Dieses Verhältnis ist auch seit Einführung der jetzigen Getreidezölle das gleiche geblieben; die bairischen Mühlen und Brauer haben sich eben genöthigt, den Zoll zu bezahlen, da der Bezug von inländischem Getreide ihnen wegen der Entfernung der bairischen Märkte noch theurer zu stehen kommen würde. Die Eisenbahnen laufen größtentheils auf eine Entfernung von 30-40 Kilometer längs der Grenze und sind daher zur Verproviantirung dieser getreidearmen Gegend wenig verwendbar. Der jetzige Zoll wird von der armen Bevölkerung schon schwer empfunden, jede Erhöhung ist eine schwere Schädigung, die Leute werden auf die ausschließliche Kartoffelnahrung und Haferbrod zurückgedrängt, um so mehr, als die Einführung der Getreidezölle die Erwerbsverhältnisse in diesen Grenzgebieten äußerst schwierig geworden sind. Der Bauer hat Mangel an Getreide, aber Ueberfluß an Vieh, er ist daher auf Viehzucht und Viehhandel und Verdienst durch Holzfuhrwerk hingewiesen. Die Bauern kauften in Böhmen wegen der besseren Preise die auf dortigen großen Gütern gezüchtet werden, namentlich sogenannte Gangochsen, welche sie nach Jahren als Schwerevieh mit Nutzen veräußerten. Der jetzige Zoll auf Vieh erschwert die Einfuhr obnehin, doch wird durch die rigorose Anwendung des Viehschlaggesetzes die Einfuhr zur Unmöglichkeit gemacht. Während in früheren Jahren periodische Grenzsperrungen eintraten, die in der Regel nach wenigen Wochen wieder aufgehoben wurden, ist seit dem Jahre 1879 die Grenzsperrung in Permanenz, und die Einfuhr von Rindvieh sowie der Grenzverkehr mit Rindviehgepansenen unter Einbildung einer großen Anzahl von Kartellen sehr gestaltet. Es liegt die Vermuthung nahe, daß der Schatz der Seuchengefahr bloß als Deckmantel dient, um aus einem Zollzoll, was ja der heutige Viehzoll sein soll, einen Profit zu machen. Während bei der Getreide- und Holzfuhrverfraudationen resp. Versuche zu diesen beinahe nicht vorzukommen ist der Viehschlagmangel längs unserer Grenze in Permanenz hat sich sogar ein förmlicher Kriegszustand entwickelt, der im schleichenden die Ohren nennt. Schmutzger und wüthender liefern sich förmliche Gefechte, bei welchen es Verwundete abgibt. Nach Bestellung der Feldarbeit suchte Waldbauer seinen Verdienst durch Holzfuhr nach den Mühlen, Glashütten, Holzschleifereien und Abfuhr der dort erzeugten Produkte nach der nächsten Eisenbahnstation. Werke wurden zu einer Zeit gebaut, wo Niemand an die Wiedereröffnung eines Holzolles dachte, sie sind in loupitren Grenzterrain so gebaut worden, daß ein leichtlicher Zugang aus den benachbarten Waldungen ermöglicht ist; hinsichtlich darauf nahm, ob der Wald, auf dem sie gebaut die diesseits oder jenseits der Grenze lag. Der im Jahre eingeführte Holzoll hat die Sägen schwer getroffen, doch mehr trifft sie die permanente Grenzsperrung gegen Einfuhr Rindvieh. Pferdebesitzer sind dort rar und nicht in hinreichender Masse zu beschaffen. Um böhmisches Holz nach der Grenze zu beschaffen, sind Sägewerke und Rindviehgepansenen in beiden Grenzländern, welche sofort entzogen wird, auch nur ein Verdacht entsteht, daß hierdurch ein Viehschlag oder die Einschleppung der Seuche ermöglicht wird. Sägemüller bekommen häufig zur besten Zeit, die Anfuhr durch Schleichwege begünstigt, keine Holz, die Grenzbauern keinen Verdienst, und die Sägenmüller müssen aus Mangel an Rohmaterial ausgestellt werden, entsteht auch noch die weitere Frage, ob durch die Erhöhung der Holzölle diese Sägemerle, welche auf den Holzungen von böhmischen Holz angewiesen, konkurrenzfähig zu setzen sie sich genöthigt, ihren Betrieb ganz einzustellen, so arm mit dem Besitz der Säge auch die ganze Umgegend. Die Bevölkerung unserer Grenzdistrikte würde also durch projektirten Zollhöhen völlig in ihrer Existenz gefährdet werden. Aus einem genügsamen lokalen Markt machen Sie Velleiter, Schmutzger und Wilddiebe. Die trage 8 fache Erhöhung des Zolles für ihr Rohmaterial auch zahlreichen Hodelwerken die weitere Existenz unmöglich. Die Besitzer haben an uns petitionirt, viele davon sind in die Hände der Konkurrenz übergegangen, gerade so wie die deutschen Sägemühlen ergeben. Die vermehrte Einfuhr wird eine Reihe neuer Sägemerle längs unserer Grenze gegen Oesterreich und Rußland und an den Grenzen zwischen Kurzen werden wir eine Ueberproduktion von Vieh zu beschaffen. Die hohen Rundholzpfeisen haben, welche Sägemüller auch nicht mehr lösen als den Holzschnee. Wenn wir dann zur Einfuhr gelangen, unsere gesammte inländische Industrie, welche Holz verarbeitet, nicht mehr exportfähig ist, und uns gezwungen sehen, die Sägenölle wieder aufzuheben, dann sind die neuen Sägen in den alten banterot, und Sie verschaffen sich zur Zuleitung auch noch eine Krise aller Holzindustrien. Die Holzpreise in Bayern sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß sie dem Durchschnitt der letzten 25 Jahre, die Schwundzeit gerechnet, stehen. (Beifall links.)

Abg. Grad (Höfner): Als ich aus der Schule meinen jugendlichen Jahren, war ich für absolute Freiheit, wie für alle übrigen Freiheiten überhaupt. Genügsam und Richter schienen mir unnöthig, und die Kosten für die Militär eine drückende Last. Die Erfahrung im Leben hat mich aber gelehrt, daß Gefühle nicht Alles bestimmen. In einem völkerrückwärts im Mittel auf 128 Köpfe Quadratkilometer steigt, gegenüber einem Durchschnitt von 100 Köpfe im ganzen Deutschen Reich hätte das System der Mollerei mit dem Laissez aller nur das Resultat der Massenwanderung. Für unsere Textilindustrie sind Schulpflicht Lebensbedingung. Auch unsere Bauern verlangen Schulpflicht eine Nothwendigkeit für ihr Bestehen. Im Reichslande die Großgrundbesitzer eine Ausnahme. Wir haben beinahe nur ein ländliches Volk. Nun kam im letzten Sommer in Eisch-Lothringen landwirtschaftliche Enquete zur Ausführung, um die nachzuweisen, durch welche den nothleidenden Bauern zu wäre. Ich habe diese Enquete mitgenommen und unseren Grundbesitzern mitgetheilt, daß für die Nothlage die Erhöhung auf Getreide das Brod vertheuern würde. Ich erhielt ich die Antwort, daß, wenn auch dem kleinen Mann Tagelöhner, das Brod etwas theurer wird, derselbe doch ein zufriedener, habe, und diese Zölle bis zum Betrage von 100 Kilogr. Weizen zu bewilligen seien. Auch unsere städtische Gesellschaft in Wülhausen hat die Wirkung der auf die Vertheuerung der Lebensmittel untersucht und festgestellt, daß mit 3 Mark pro 100 Kilogr. Weizen das Brod für eine Vertheuerung von jährlich 2 bis 3 Mark zur Folge werde. Allein die Lohnschwankungen ohne Schulpflicht Industrie hätten für den Fabrikarbeiter eine schlimmere Wirkung. In jeder Hinsicht sind im Interesse der Gesamtheit die

17.
Am
Einge
ntwurf,
landwirtsch
liche.
Die T
Abg.
Stelle
77 folgen
Lilien
nicht mit U
geschloßen
verleihen
verkauf als
ntausend
Abg.
Ber in a
Bemühun
verkauft u
einen solch
Westrufe
mäßig den
Westrufe
Abg.
Beseitigun
Provinzen
dem Straf
haltung des
sehr prüf
wird.
Abtrag
zu geb
Abg.
hly an d
Diesen
Es folgen
bühnd d
Die p r o
Schwurfs
werer Vert
Abg.
Kursen vor
das vor
Konsulter
man hab
reichte, si
Jouett,
Bungen,
gang betr
ei die Kor
gehoben.
Abg.
war der
überhaupt
die soziale
liegt, daß
schuld eine
die Konver
Waffen B
mundschaf
papierer a
lein Mitte
vorhaben
auf ihrer
der dem F
gut aber l
samwelt
werden,
Sicher G
Ost der F
ein kleine
die gerade
Meiste ab
gefährt, s
muß das
inter viel
Konnerf
der Sozial
in Zukunf
gegeben w
Abg.
Abg.
rechtigun
nicht ohne
regel schre
Köffe stell
in demsel
Rücksiht
durch die
gejogene S
ein Börter
er es habe
Webe der
Finanz
unwände
gläubiger
ungen r
Wändeln
garantiren
Abg.
und so di
daß ihnen
müsse, de
etwa 13
Rindhor
er mir le
Die
fortsch ge
betrühend

schlagenen Botschaft zu genehmigen. Das die Baumwollenerzeugung im deutschen Zolltarif befreit, wünsche ich, daß dieselben nicht nach dem Werth bemessen werden. Eine Erhöhung wäre wohlthätig und die deutsche Produktion würde dadurch gefördert.

Zur Geschäftsordnung fragt Abg. v. Penz, ob die Vorlage wegen der Dampfersubvention bald auf die Tagesordnung gesetzt werden würde.

Der Präsident bemerkt, daß der Bericht noch nicht erfaßt ist.

Abg. v. Penz erklärt, daß er mit allen Kräften an der Freigabe des Berichtes arbeite, soweit die angeforderte Thätigkeit im Hause dies zulasse; aber wenn der Reichstag sich mit einer so wichtigen Vorlage, die den Kernpunkt unserer inneren Politik bilde, beschäffige, dann könne er als gewissermaßen Abgeordneter nicht im Plenum fehlen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung der Zolltarifnovelle.)

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 11. Februar 1885, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Friedberg.

Eingegangen ist vom Abg. Frhrn. v. Huene ein Gesetzentwurf, betreffend Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirthschaftlichen Böden eingehen, an die Kommunalverwaltung.

Die Tagesordnung beginnt mit der ersten Beratung des vom Abg. Bödiker eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach in Stelle des Art. IV. Nr. 1 der Verordnung vom 25. Juni 1877 folgende Bestimmung treten soll: „Wer in auswärtigen Staaten (§ 286 Absatz 2 des Reichsstrafgesetzbuchs), die nicht mit unserer Genehmigung in unseren Staaten besonders zugelassen werden, spielt, wer sich dem Verkaufe der Loose zu vergleichen auswärtigen Lotterien unterzieht oder einen solchen Verkauf als Mittelsperson befördert, wird mit Geldstrafe bis hundertfünfzig Mark bestraft.“

Abg. Franke schlägt statt dessen folgende Fassung vor: „Wer in außerpreussischen Lotterien, die nicht mit königlicher Genehmigung in Preußen zugelassen sind, spielt, wer sich dem Verkaufe von Loose zu dergleichen Lotterien unterzieht oder einen solchen Verkauf als Mittelsperson befördert, wird mit Geldstrafe von zwanzig bis hundert Mark, wer gewerbmäßig den Verkauf solcher Loose betreibt oder befördert, mit Geldstrafe von dreihundert bis dreitausend Mark bestraft.“

Abg. Bödiker befürwortet seinen Antrag, welcher die Befreiung der gegenwärtig zwischen den alten und neuen Provinzen bestehenden Rechtsungleichheiten, die namentlich in dem Strafverfahren empfindlich berühren, und die Wiederherstellung des gleichen Rechts, wie es während der Herrschaft des preussischen Strafgesetzbuchs bestand, für alle Landestheile bewirkt. Vielleicht würde sich eine kommissarische Beratung des Antrages empfehlen.

Abg. Franke bittet dagegen, seinem Antrage den Vorzug zu geben.

Abg. v. Rinnigerode wünscht Ueberweisung der Angelegenheit an die Justizkommission.

Diesem letzten Vorschlage gemäß beschließt das Haus.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kündigung und Umwandlung der als pros. konsolidirten Staatsanleihe.

Die Budgetkommission empfiehlt die Genehmigung des Entwurfs mit dem Zusatz, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten soll.

Abg. Wagner (Dshavelland, kons.) kommt auf die vor dem Abg. Windthorst geäußerte Besorgnis zurück, daß die Konvertirung der Anleihe, die Herabsetzung des Zinsfußes von 4 1/2 auf 4 pCt. für zahlreiche kleine und mittlere Kapitalisten, für viele Wittwen und Waisen verhängnisvolle Folgen haben könnte. Diese Besorgnis sei unbegründet; die Regierung habe die Befugnis der Regierung außer allem Zweifel; den Staatsgläubigern werde sogar durch die Bedingungen, unter welchen die Konversion erfolgen solle, ein ganz beträchtliches Konversionsgewinn gemacht; finanziell sei die Konvertirung durch die Lage des Geldmarktes durchaus geboten.

Abg. v. Uechtrig-Steinlich (kons.): Ich trete gegen die beabsichtigte Konvertirung nicht entgegen, möchte aber gegen das Prinzip anknüpfen, konvertirbare Staatspapiere überhaupt auszugeben. Der Abg. Windthorst hat schon neulich die soziale Seite der Konversion hervorgehoben, die darin besteht, daß eine große Summe kleiner Existenzen bei der Staatsanleihe eine Sicherheit erreicht zu haben glauben, welche durch die Konversion gefährdet wird. Er hat auf die Wittwen und Waisen Bezug genommen; ich weise darauf hin, daß die Vermögensverhältnisse die Anlegung der Waisengelder in Staatspapieren ausdrücklich anordnet. Es ist allseitig anerkannt, daß kein Mittel wirksamer dem Umfalle der Sozialdemokratie vorzuziehen kann als die Gewährung der Gelegenheit, für die auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen durch Sparsamkeit sich ein Eigentum zu erwerben. Von dieser Erwägung geht z. B. der dem Reichstage vorgelegte Postsparkassenentwurf aus. Hat aber der Arbeiter ein kleines Kapital in Sparkassen gesammelt, so muß auch konsequenterweise die Möglichkeit geboten werden, dieses Kapital in einer sicheren Rente anzulegen. Sichere Hypotheken, namentlich kleinere, sind schwer zu erlangen. Die für fleißige Arbeiter sich im Schweiße seines Angesichts ein kleines Kapital erübrigt und in Staatspapieren angelegt, die gerade die zum Unterhalt seiner alten Tage erforderliche Rente abwerfen, und wird diese Rente dann durch Konversion gefährdet, so reicht sie zu seinem Unterhalt nicht mehr hin; er muß das Kapital angreifen und schließlich steht er als Proletarier wieder da. Aus diesen Rücksichten bin ich Gegner jeder Konversion und halte es im Interesse der Gerechtigkeit und der Sozialpolitik der Regierung entsprechend für geboten, daß in Zukunft konvertirbare Staatsobligationen nicht mehr auszugeben werden.

Abg. Hanel befürwortet die Konversion.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.) will die formelle Entscheidung der Staatsräthe nicht beschreiten, man solle aber nicht ohne die dringende Noth zu einer solchen Ausnahmeentscheidung schreiten und nicht einfach sich auf den Standpunkt der Räte stellen. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei der ungünstigste; in demselben Augenblicke, wo man die Räte erheben will mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft, wolle man das durch die unausbleibliche Preissteigerung in Wollensindustrie erzeugte Kapital nochmals treffen. Der Staat könne nicht wie ein Würfelspieler handeln, der ein Stück Geld einsetzt, wo er es haben könne, ohne sich im Uebrigen um das Wohl und Wehe der Wähler zu kümmern.

Finanzminister v. Scholz: Der Staat hat keine festen, unveränderlichen Renten auszugeben; er stellt sogar den Staatsgläubigern ihr Geld jetzt fast zu bedenklich günstigen Bedingungen wieder zur Verfügung. Auch die Vermögensverhältnisse haben den Staat doch gewiß nicht verpflichtet, den Wählern eine ewig unveränderliche, unfindbare Rente zu garantiren.

Abg. Wagner: Wenn die Vorlage abgelehnt würde und so die Staatsgläubiger die Ueberzeugung gewinnen dürften, daß ihnen eine 4 1/2 pCt. Rente in infinitum gewährt werden müsse, dann würde den Staatsgläubigern ein Geschenk von etwa 13 pCt. des Kapitals gemacht worden sein. Will Herr Windthorst das, so wäre er ein schlimmerer Staatssozialist, als er mir je vorgeworfen hat. (Gelächter.)

Die Vorlage wird darauf im Einzelnen mit großer Majorität genehmigt, ebenso ohne Debatte die Novelle zum Gesetz, betreffend die Landes-Kreditkasse in Kassel.

Darauf wird zur Spezialberatung des Etats der Lotterieverwaltung zurückgegangen, welcher der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen worden war. Die Kommission beantragt die Einnahmen aus der Lotterie im nächstjährigen Etat um die Hälfte höher anzulegen und schlägt folgende Resolution zur Annahme vor: „Die Regierung aufzufordern, bei einer der Nachfrage entsprechenden Vermehrung der Lotterielose kleinere Theilstücke von ganzen Loose als bisher üblich abzugeben.“

Abg. Stroffer (kons.): Das Bestreben der Staatsregierung müsse nach wie vor dahin gehen, die Aufhebung aller Staatslotterien herbeizuführen, wie es schon Minister v. D. Seyditz als seinen persönlichen, innigsten Wunsch hingestellt habe; öffentlich sei dies auch heute noch die Auffassung der Regierung. Redner empfiehlt schließlich den von den Abgg. Stöcker und Genossen eingebrachten Antrag.

Die Staatsregierung zu ersuchen, bei den Regierungen der beteiligten deutschen Einzelstaaten dahin zu wirken, daß die Staatslotterien in dem Bereich derselben aufgehoben werden und zu diesem Behuf die Abschaffung des staatlichen Lotteriewesens auch in Preußen in Aussicht zu stellen.

Abg. Kunisch v. Richthofen tritt der Anschauung entgegen, als ob die Lotterie ein unmoralisches Institut sei.

Abg. Wagner erklärt sich in Konsequenz seiner schon früher veräußerten Auffassung gegen den Kommissionsantrag; könne man die Lotterie schon wegen der 4 Millionen Einnahme nicht entbehren, so werde man später behaupten, daß dies bei 8 Millionen Einnahme vollends unbillig sei. Von der auf allen Seiten als wünschenswerth bezeichneten Aufhebung der sämtlichen Lotterien sei man dann weiter als je entfernt. Dagegen sei eine allgemeine Regelung des Lotteriewesens von Reichswegen gar nicht so andächtig, wenn Preußen nur ernsthaft auf diesen Boden treten wolle.

Finanzminister v. Scholz: Am meisten würde den Uebelständen, welche sich aus der Ueberwucherung des preussischen Gebietes mit außerpreussischen Loose ergeben, durch die Annahme des Kommissionsantrages abgeholfen werden, denn eine so zahlreiche Vermehrung der preussischen Loose, welche das Bedürfnis und den Abzug jener anderen verringert, würde den Boden für fruchtbringende Verhandlungen mit den beteiligten Staaten ebnen.

Abg. Hanel: Es kommt vor Allem darauf an, daß das preussische Abgeordnetenhaus auf die Befreiung der Staatslotterien anträgt; und das Reich kann gewiß in die Erwägung eintreten, ob die Staatslotterien ferner zulässig sein sollen oder nicht, namentlich wenn sich der Herr Finanzminister direkt an das Reich, nicht an die beteiligten Einzelstaaten wenden wollte. Das Strafgesetz bedroht die gewerbmäßige Beschaffung der Gelegenheit zum Glücksspiel mit schwerer Strafe; wenn für den Staat eine Ausnahme gemacht wird, wird die Sache dadurch nicht moralisch gemacht. Alle Spielhöhlen, alle Prämienanleihen im deutschen Reich sind aufgehoben; mit ihrer jetzigen Stellungnahme setzt sich die Regierung in diametralen Gegensatz zu aller Tradition auf diesem Gebiete.

Die Diskussion wird geschlossen, und der Kommissionsantrag in namentlicher, vom Abg. Dr. Windthorst beantragten Abstimmung mit 155 gegen 150 Stimmen abgelehnt. (In der Kommission war die Annahme des bezüglichen Antrags des Grafen Limburg-Sturum mit 9 gegen 4 Stimmen erfolgt.) Für den Vorschlag der Kommission stimmen das Gros der Konservativen, die Freikonserverativen, etwa die Hälfte der Nationalliberalen und vereinzelte Mitglieder der Linken und des Zentrums; gegen denselben fast das ganze Centrum, die Polen, die meisten Mitglieder der Linken, die kleinere Hälfte der Nationalliberalen und etwa 20 Konserverative. Es verbleibt also bei dem ursprünglichen Staatsantrag; dagegen wird die von der Kommission vorgeschlagene Resolution betr. die Veräußerung kleinerer Loose abgelehnt.

Die Resolution Stöcker-Wagner wird mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft; Präsident v. Rölliger schlägt vor, die Staatsberatung morgen um 11 Uhr Vormittags fortzusetzen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Stat.)

Lokales.

Der ehrliche Name, der Ausweis über untadelhafte Aufführung ist heute zu Tage für einen großen Theil unserer Mitmenschen der einzige Rest, und zwar ist das ein Rest, der um so sorgfamer gehütet werden muß, als es ohne denselben in vielen Fällen unmöglich ist, irgend eine Stellung oder Beschäftigung zu erhalten. In dieser Beziehung hängen ganze Gesellschaftsklassen von der Gnade oder Ungnade ihrer Arbeitgeber ab; das ist gewiß traurig, aber es ist so. Man denke nur an die bekannten Dienstbücher der Dienstmädchen. Wenn alle „Herrschaffen“ sich bei der Ausstellung der Atteste nur von einem strengen Pflichtgefühl leiten ließen, so ließe sich nicht sehr viel gegen die ganze Einrichtung sagen, wenn in den Zeugnissen die Kenntnisse und Fähigkeiten der betreffenden Dienstmädchen nur in durchaus sachlicher Weise geschildert würden, so könnte man diese Dienstbücher wie manches andere Uebelthätige eben noch ertragen. Leider aber wird in der Ausstellung der Zeugnisse vielfach ein nicht scharf genug zu tadeler Mißbrauch getrieben. So finden wir im Briefkasten der „Dresd. Nachr.“ eine Notiz, die wir wegen des allgemeinen Interesses hier unverkürzt folgen lassen wollen. Es fragt dieselbe jemand an: „Vor längerer Zeit suchte ich ein Dienstmädchen und in großer Zahl stellten sich die dienenden Geister bei mir ein. Die Dienstmädchen musternd, fiel mir besonders das eines, dem Neufahr nach sehr gebildeten Mädchens auf, welches bisher stets sehr gute Zeugnisse hatte, nur das letztere, aus der Stelle eines Herrn Hofraths erhaltene, schändete ihr Buch so, daß es sehr schwer für sie sein dürfte, eine Stelle darauf zu bekommen. Lügenhaft, träge und Anderes mehr war darin enthalten. Auf mein Befragen, wie sie zu diesem Zeugnisse gekommen sei, erhielt ich zur Antwort, daß sie nicht dafür könne; täglich, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht habe sie fleißig gearbeitet und nie es gewagt, ihre Herrschaft zu belügen oder zu hintergehen; trotzdem sei es ihr nie gelungen, die Zufriedenheit der Herrschaft zu erringen. Ich nahm dieses Mädchen an und erkundigte mich zugleich näher über diesen Hofrath und war denn auch sehr bald von der Wahrheit meines Mädchens und der unethischen Handlungsweise dieser Herrschaft vollständig überzeugt. Bereits ist nun dieses Mädchen über ein Viertel Jahr bei mir und noch nie fand ich Grund, über sie zu klagen, ich richte deshalb an Sie, geehrter Briefkastenleser, die ergebene Anfrage, wie ich solchen Herrschaften ein Fingerzeig zu geben, damit sie ferner beim Zeugnis-ausstellen bedächtiger und gerechter handeln und nicht den Dienstmädchen es ohne Grund erschweren, wieder eine Stelle zu finden.“ Die Beantwortung der Frage interessiert uns hier nicht. Allerdings haben den Dienstmädchen in einem solchen Falle ja auch geistliche Mittel und Wege zu Gebote, um ihr Recht zu erlangen, aber man weiß ja, wie sich die Sachen in Wirklichkeit verhalten, — bevor manches Mädchen sich an Polizei und Gerichte wendet, erträgt es lieber eine ungerechte Behandlung, deren Folgen sich oft in schrecklicher Weise rächen. Einem armen Dienstmädchen durch Ausstellen eines falschen Zeugnisses die Möglichkeit, eine andere Stellung zu erlangen, abzuschneiden, ist gemeiner, als ihm das Brot zu nehmen, und es ist um so verwerflicher, wenn eine Herrschaft das ihr zustehende Recht, sich über die Eigenschaften ihrer Dienstmädchen schriftlich zu äußern, zu einer Art von Re-

pressionsregel degradirte, um auf diese Weise weibliche Dienstmädchen zu Handlungen zu veranlassen, die durchaus nicht zu den vielfältigen Berufspflichten eines Mädchens „für Alles“ gehören. In Dresden hat sich ein Herr Hofrath wahrscheinlich für einen erhaltenen Korb durch Ausstellung eines falschen Zeugnisses an seinem Dienstmädchen gerächt, ob das in Berlin auch vorkommt?

Die Nachfrage nach Arbeit bei den hiesigen Bauweibern nimmt mit jedem Tage zu, nachdem die Mittheilungen über die in diesem Jahre vorzunehmenden zahlreichen Bauten in die Provinz gedrungen sind. Ein großer Theil der beschäftigungslosen Bauhandwerker besteht aus Personen, welche um diese Zeit sich gewöhnlich, um auswärts kommend, in Berlin einfänden. Von unsehr Berliner Arbeitern wird ein derartiger Zug nicht günstig beurtheilt, da die auswärtigen Arbeiter gewöhnlich als „Preisverderber“ angesehen werden. Wir haben seiner Zeit übrigens darauf hingewiesen, daß gerade durch nicht zutreffende Mittheilungen der Presse, die schon vor mehreren Wochen eine ausnehmend rege Bauzeit für Berlin ankündigten, der Zug von Außerhalb nach Berlin gefördert wurde. Die überreichten Nachrichten schädigen sowohl die Arbeiter in Berlin als auch die Fremden, freilich mögen dieselben auch nicht ohne eine gewisse Absicht in die Welt gelegt werden, denn der Ueberfluß an Arbeitskräften kommt schließlich immer dem Unternehmer zu Gute.

Die Produktendörse rechnet schon mit den verdienstlichen Getreideböllen als mit einer Thatfache. Ungeheure Quantitäten Mehl langen auf der Ostküste, der Schlesiens und der Ostbahn an. Und da dieselben binnen 6 Tagen abgefahren sein müssen, so beginnen sich alle Speicher der Stadt mit Mehlvorräthen zu füllen. Da die Steuer ohne Unterschied der Qualität 5 Mark auf den Sack Mehl betragen wird, so würden die Besitzer der Vorräthe ein glänzendes Geschäft machen. Vorräthe aber stockt dasselbe, da die Käufer sich völlig abwartend verhalten.

In dem Zeitungsverkauf bezw. dem Verbot derselben an Sonntagen hat sich bisher nichts geändert. Wenn auch die Polizei den Verkauf an jenen Tagen nicht allzu scharf bewacht, so kommen doch noch häufig genug Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen vor, so daß die Zeitungsverkäufer stets an dem Vorhandensein einer Einschränkung ihres ohnehin nicht beneidenswerthen Gewerbes erinnert werden. Hat das Verbot des Zeitungsverkaufs an Sonntagen auch zur Folge gehabt, daß viele Personen, welche bis dahin ihren Bedarf täglich bei den Zeitungsverkäufern deckten, auf die Zeitungen abbestellen haben und dieselben auch Sonntags ins Haus geschickt erhalten, so bleibt doch noch ein großer Theil des Publikums übrig, welcher ohne Zeitungen am Sonntag ist und welcher trotz des Verbots sich in Besitz von Zeitungen zu setzen weiß.

N. Durchgehende Omnibusse brachten vorgestern Abend gegen 10 Uhr Passanten und Fuhrwerke der Rosenthalerstraße in große Gefahr; dieselben, die vor einem Omnibus der Straße Rosenthalerthor-Botsdamerbrücke geparkt waren, waren, während bereits 3 Damen im Innern des Wagens saßen, der Kutscher selbst aber noch nicht auf dem Boche Bly genommen, scheu geworden und rissen nun die Rosenthalerstraße nach dem Hadeschen Markt entlang. Eine der Damen sprang in ihrer Angst an der Ecke der Auguststraße aus dem Wagen, brach aber sofort auf dem Straßendamm ohnmächtig zusammen. Am Hadeschen Markt erleichterte ein unbekannter Herr, daß der Wagen und brachte, während andere Personen den Pferden in die Bügel fielen, durch Anziehen der Bremse das Gefährt zum Stehen. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß weiter keine Verletzungen entstanden sind.

Das Pferd eines Wagens der Berliner Paderfahrgesellschaft kam gestern Abend kurz nach 8 Uhr, den Wagen hinter sich nur an einem Scherbaum stehend — der zweite schleppte an der Seite — die Rauerstraße heruntergerollt und nahm seinen Lauf über die Friedrichstraße durch die Schützenstraße. Obgleich der Kutscher die Reine mit aller Kraft anzog, so konnte er doch nicht das durchgehende Pferd zum Stehen bringen; ebensowenig vermochte der Schaffner Bestand zu leisten, welcher zwar aus dem Wagen gesprungen war, aber den Griff der hinteren Thür nicht loszulassen vermochte und so gezwungen war, hinterher zu hüpfen bezw. zu springen. Erst nahe der Charlottenstraße gelang es mehreren beherzten Männern, dem Pferde in die Bügel zu fallen und dadurch eine heftige Karawablage mit einem dichtestgelegten Pferde-eisenbahnwagen zu verhindern, welcher in demselben Augenblicke jene Stelle passirte. Wunderbarer Weise ist auch vorher, trotz des regen Passantenverkehrs, kein Unglück herbeigeführt worden.

N. Unvorsichtiges Abbringen von der Pferdebahn hat gestern Mittag in der Schönbergerstraße wiederum einen sehr bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführt. Einer der Fahrgäste, ein älterer Herr, versuchte um die angegebene Zeit, um seinen herabgefallenen Regenschirm aufzubringen, von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen herabzuspringen, fiel jedoch dabei so unglücklich zur Erde, daß er aus einer Kopfhaube heftig blutend auf dem Pflaster liegen blieb; der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande in ein Haus der Schönbergerstraße geschafft und sodann, nachdem ein hinzugerufener Arzt einen Nothverband angelegt, in ein Krankenhaus geschafft.

N. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Nachmittage in der Pappelallee, und zwar vor dem Hause Nr. 7. Dieselbst war beim Abfahren von Neu ein Arbeiter beschäftigt, als ein Hundebüchel vom Wagen abrutschte und er mit diesem von oben herunter zur Erde stürzte. Der Verunglückte erlitt bei dem Fall eine starke Verletzung der Wirbelsäule, so daß er auf polizeiliche Anordnung per Krankenwagen nach dem städtischen allgemeinen Krankenhaus überführt werden mußte.

N. Selbstmord. Durch einen Sprung ins Wasser machte vorgestern Abend ein junger 40jähriger Mann, der späterhin als ein in der Grimmstraße wohnender Herr Schulz rekonnostrirt wurde, seinem Leben ein Ende. Derselbe sprang von der Hofstraßen-Brücke herab in die Spree. Trotzdem sofort Rettungsversuche angestellt wurden, gelang es nur, den Lebensmüden als Leiche ans Land zu ziehen. Bis zur Ankunft des polizeilich requirirten Krankenwagens wurde die Leiche in dem Hausflur des Hauses Friedrichstraße 13 niedergelegt, von wo aus sie nach dem Obduktionshause bezugs gerichtlicher Obduktion geschafft wurde.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Tapezire-Gehilfenschaft Deutschlands! Werthe Kollegen! Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tapezire hat in seiner letzten Sitzung mit Zustimmung der Lohnkommission einstimmig beschlossen: Den auswärtigen Tapezire-Verbänden, soweit und deren Adressen bekannt sind und der gesammten Gehilfenschaft überhaupt schon jetzt bekannt zu geben, daß wir um der großen Arbeitslosigkeit zu wehren, sowie um eine allgemeine Besserstellung der Gehilfenschaft, die nichts weniger als beneidenswerth ist, herbeizuführen, bereits seit Oktober v. Jrs. in der Lohnbewegung stehen und beabsichtigen, demnächst mit unseren Forderungen: Eintheilung der Regel resp. Verlängerung der Arbeitszeit, sowie Erhöhung des Stuhls und Arbeitslohnes an unsere Arbeitgeber heran zu treten. Wir rathen deshalb an die Vorstände der Tapezire-Gehilfenschaft Deutschlands schon jetzt die dringende Bitte: Soweit sie ihren Einfluß geltend machen können, den Zug nach Berlin möglichst fern zu halten. Wir hoffen außerdem, daß, wenn diese Bewegung größere Dimensionen annehmen sollte und unsere Mittel bis zum endgiltigen Siege nicht ausreichen sollten, wir nicht vergebens an die Solidarität der auswärtigen Kollegen appelliren werden.

Wir beabsichtigen außerdem zum 1. April d. J. eine Tapezier-Fachzeitung, Organ der Tapezier-Gehilfenschaft Deutschlands, herauszugeben und haben das feste Vertrauen, daß dieses Fachblatt überall freundlich begrüßt und durch zahlreiches Abonnement eventuell auch „Unterstützung zur Gründung“ dieses Unternehmens gefördert wird. Sodann geben wir den auswärtigen Vereinen anheim, zu erwägen: Ob es nicht schon jetzt an der Zeit sei, eine Zentralisation sämtlicher Tapezier-Vereine Deutschlands herbeizuführen. Zuletzt noch die Mitteilung, daß unser erstes Stiftungsfest am Sonnabend, den 7. März, Abends 8 Uhr, in der Tonhalle zu Berlin stattfindet. Dasselbe besteht in einer offiziellen Feier mit Ball und würden wir es uns zur ganz besonderen Ehre rechnen, Deputationen auswärtiger Tapezier-Vereine in unserer Mitte zu haben. Indem wir die Herren Vorstände, sowie sämtliche Herren Kollegen um die größtmögliche Publizierung dieses Aufrufs bitten, ersuchen wir, genaue Adressen, sowie sämtliche Korrespondenzen in allen angeführten Angelegenheiten an den unterzeichneten Vereins-Vorsitzenden richten zu wollen. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten. Berlin, den 10. Februar 1885. F. A. des Vorstandes: C. Wildberger, Grätzelstraße 77/79.

Die vereinigten Weber von Romawes erlassen folgenden Aufruf: An alle Arbeiter Deutschlands! Genossen, wir sehen uns veranlaßt, mit folgendem Nothschrei über unsere Lage in die Öffentlichkeit zu treten, damit Jedem Gelegenheit gegeben ist, über unsere drückenden Verhältnisse Aufklärung zu geben. Unsere Lage ist von jeher eine derartige gewesen, daß es selbst dem besten Arbeiter bei andauerndem Fleiß und reger Thätigkeit größtentheils nicht möglich gewesen ist, durch seine Hände Arbeit so viel zu erwirtschaften, als für sich und seine Familie zur Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Seit Jahren sind die Artikel, welche am hiesigen Plage angefertigt werden, stets der Mode unterworfen, sie können daher nicht auf Lager gearbeitet werden, weshalb sich die Fabrikation dieser Modartikel eben auf eine kurze Zeit im Jahre beschränkt. Hierdurch ist natürlich während einer kurzen Zeit Arbeit öfters in ausreichendem Maße vorhanden, dagegen herrscht in der übrigen Zeit ein Arbeitsmangel, daß Verhältnisse der traurigsten Art eintreten. Um Euch nun ein Bild über unsere Lohn- resp. Arbeitsverhältnisse zu geben, führen wir nachfolgend einige Beispiele an: In den vergangenen zwei bis drei Sommermonaten erhielten wir für Sotin („Winterwaare“) 40–50 Pf. per Meter, ein mittelmäßiger Arbeiter macht per Tag 4 Meter = 1,60–2 Mark. Während der übrigen 9 Monate des Jahres erhalten wir nur 20–25 Pf. per Meter = 80–100 Pf. Lohn per Tag. Für Kammgarn (Soleistoff) wird in den Sommermonaten 1,10–1,40 Mark per Meter gezahlt. Von diesem Stoff kann ein Arbeiter nur 2 1/2 Meter per Tag fertigmachen, das bedeutet einen Verdienst von 2,75 bis 3,50 Mark per Tag, die übrigen 9 Monate werden nur 55 bis 65 Pf. per Meter gezahlt. Hierzu ist nun zu bemerken, daß zur Anfertigung des letztgenannten Stoffes ein bedeutender Aufwand von körperlicher Kraft erforderlich ist, so daß der größte Teil der Arbeiter überhaupt nicht im Stande ist, diesen Stoff anfertigen zu können. Ferner muß bemerkt werden, daß von den angegebenen Löhnen ein Webergeselle nur 1/2 erhält, das andere Drittel behält der Meister für den Stuhl, Handwerkszeug, Spulen, Vorrichtungen ein, außerdem bezahlt der Geselle von jeder Waare 4 Pf. Porto für Beförderung der Waare. Oftmals wird dieser Lohn durch Abzüge von Fabrikanten bis zur Hälfte reduziert. Diese Thatsachen werden genügen, um den Beweis zu liefern, daß dem bei uns herrschenden Nothstande abgeholfen werden muß, es ist uns nur unter großen Anstrengungen gelungen, uns zur Aufbesserung unserer Lage zu vereinigen. Wir haben uns bereits mit den Herren Fabrikanten in Verbindung zu setzen gesucht, um auf gültigem Wege in Gemeinschaft mit ihnen das zu erwirken, was wir für unbedingt nöthig halten. Der Versuch ist leider als gescheitert zu betrachten. Schon zu Ende vorigen Jahres traten wir mit ganz bescheidenen Ansprüchen an die Fabrikanten heran, indem wir einen Zuschlag von nur 10 Prozent des niedrigen angegebenen Lohnes erbat. Die Herren Fabrikanten konsultierten selber, daß ein Arbeiter bei den bis jetzt gezahlten Löhnen nicht existieren kann. Ein Teil dieser Herren erklärte sich bereit, den geforderten Lohnzuschlag zu zahlen, zu unserem größten Bedauern sind sie jedoch ihrem uns gegebenen Versprechen nicht nachgekommen. Herr Fabrikant Friedländer hatte sich später sogar erboten, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und zwar mit der Bedingung, einen höheren Lohnzuschlag einzureichen, da der erste in seinen Augen ein viel zu geringer war. Dieser Herr hat also seine Schuldigkeit gethan, sein Bemühen ist aber wegen zu geringer Theilnahme der übrigen Fabrikanten nicht von Erfolg gewesen. Wir sehen und nun infolgedessen veranlaßt, energisch unsere gerechten von den Herren Fabrikanten selbst nicht zu hoch anerkannten Lohnforderungen

durchzusetzen. Es ist deshalb beschlossen, bei verschiedenen Fabrikanten die Arbeit einzustellen. Genossen, Kollegen, Arbeiter, Handwerker!! In Vorstehendem haben wir Euch unsere Lage, wie sie in Wirklichkeit ist, vorgeführt, ein jeder unter Euch wird unseren gerechten Kampf zu unterstützen suchen. Vor allen Dingen brauchen wir, um unsere Sache siegreich durchzuführen, zur Unterstützung unserer streikenden Kollegen Geld! und ersuchen wir Euch allerorts Geldsammlungen zu veranstalten, namentlich aber legen wir es allen Fachvereinen dringend ans Herz, uns thätig zur Seite zu stellen, mit dem Bemerkten, Euch bei gleichen vor kommenden Fällen treu zur Seite stehen zu wollen. Mit kollegialischem Gruß der Vorstand der vereinigten Weber. F. Kuffow, Vorsitzender. C. Wille, Stellvertreter. A. Frick, Schriftführer. D. Oeffe, Stellvertreter. C. Sar-now, Rentant. Neumann, Beisitzer. Bernick, Beisitzer. C. Ribbeck, Revisor. A. Altmann, Revisor. NB. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Aufnahme dieses Artikels gebeten. Alle Geldsendungen sind an den Rentanten, C. Sar-now, Wilhelmstr. 41, Romawes, zu senden, worüber seiner Zeit öffentlich Rechnung gelegt wird.

Vereine und Versammlungen.

1. Die von ca. 500 Delegirten besuchte Versammlung der Werkstätten-Delegirten der Tischler erlebte am Dienstag Abend unter Leitung des Herrn Ködel im regelmäßigen Versammlungsorte, Alte Jakobstr. 37, eine sehr reichhaltige und wichtige Tagesordnung. Zunächst machte Herr Ködel Mittheilung von dem Antwortschreiben des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten auf die von der Kommission demselben unterbreitete Denkschrift, betreffend das Submissionsverfahren bei staatlichen Bauten, welches folgenden Wortlaut hat: „Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Die von Ew. Wohlgeboren unter dem 12. v. Mts. uns vorgelegte Denkschrift über die Mängel und Schäden des jetzigen Submissions-Verfahrens bei staatlichen Bauten nebst Vorschlägen zur Abhilfe derselben habe ich mit Interesse entgegengenommen und spreche Ihnen für Ueberreichung derselben meinen Dank aus. Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Im Auftrage: Schneider. An Herrn Ködel.“ — Die Kommission erachtet dieses anerkennende Schreiben als einen erfreulichen Erfolg, da von vornherein nicht angenommen werden konnte, daß auf die einzelnen gemachten Vorschläge näher eingegangen werden würde und beabsichtigt, auch dem Magistrat eine Denkschrift zu unterbreiten bezugs Abänderung des städtischen Submissionsverfahrens, da sich auch hier namentlich bei den sogenannten Schulbauten, erstliche Mißstände herausgestellt haben. — Zum zweiten lag den Delegirten die Frage vor: Können wir für sogenannte antike Kastenmöbel einen Minimallohn tarif aufstellen. Herr Ködel befürwortete mit Wärme die Aufstellung eines Tarifes, da die verschiedenen Arbeiten in den betr. Fabriken fast durchgängig nach einer Skizze verfertigt werden, die Arbeitelöhne aber sehr von einander abweichen und auch Herr Ködel hielt die Lösung dieser Frage durch einen derartigen Lohn tarif für möglich. Dasselbe gilt für die Regelung der Arbeitelöhne in der Branche der Nähmaschinen-Modellschüler und Sarg-schüler. Des Weiteren erstattete Herr Ködel Bericht über die Arbeitelohnverhältnisse in der Bettstellen-Fabrik von Baschin, Frieden-Str. 53, sowie über die Arbeitelohnverhältnisse in der Tischlerei von Stahl, Elisabeth-Str. 31 (Spezialität für Tische). Namentlich die in letzterer Werkstätte zu Tage getretenen Zustände liefern eine drastische Illustration zu den in manchen Tischlereien noch immer herrschenden Verhältnissen. Dem Bericht zufolge sind bei Stahl ca. 16 Personen, Tischler, Bildhauer, Polier etc. beschäftigt. Von einer Innehaltung des Programms der Berliner Tischler ist gar keine Rede (!). Lohn wird nur ratenweise gezahlt (!), so weit, als das Geld reicht, sofort überhaupt etwas vorhanden ist. So wurden am letzten Sonnabend einzelnen Arbeitern 10 M., anderen 8, 7, 6 M. Kostgeld gezahlt, Verschiedene mußten sich mit 2 und 1 M. begnügen, die Letzten erhielten gar nichts. Das Geld war einfach zu Ende. Auf Vorhalten des Herrn Ködel erklärte Herr Stahl, er möchte ja seinen Gefellen sehr gern das zugesicherte Kostgeld von 18 M. zahlen, wenn er nur Geld hätte, er könne sich doch aber unmöglich etwas aus dem Kessel schüttele. Wie unter solchen Verhältnissen gearbeitet wird, d. h. die Qualität der verfertigten Waare beschaffen ist, ist leicht ersichtlich. Daß derartige Mißstände und ähnliche trotz der soweit vorgeschrittenen Tischlerbewegung noch sehr häufig vorkommen, bewies die große Anzahl von Werkstätten, welche von Delegirten namhaft gemacht wurden und deren Unregelmäßigkeiten öffentlich diskutiert wurden. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten fand die Wahl eines Kassiers für die Zahlstelle 6 statt, und fiel dieselbe auf Herrn Blossi, der hiermit zugleich Mitglied der Kommission wird. Derselbe ist

Vertreter der Billardsfabrik von Reubus. — Zum Schluß noch Herr Hildebrandt, Mitglied der Strickkommission, Knopfmacher das Wort, um den Sieg der Markterlöser weiter zu verkünden und um weitere Unterstützung zu bitten. Die Delegirten erklärten sich in einer gefassten Resolution namens der Berliner Tischler mit den streikenden Knopfmachern solidarisch und bewilligten 200 Mark zur Unterstützung derselben.

2. Der Fachverein der Metallarbeiter in Gäß, Berlin und Dampfmaschinen nahm, wie wir in Ergänzung des in anderer Stelle gegebenen Berichtes mittheilen, in seiner am 7. d. M. abgehaltenen Versammlung auch einstimmig einen Vorstands-Antrag auf Ausschließung der Herren Albrecht, Ring, Hauche, Duth, Kirschstein, Kurz, Krole und Wiede vom Verein an. Die Motive des Antrages basiren auf der Beschuldigung, daß die Genannten, welche bisher Mitglieder des Vereins waren, durch ihr gelegentlich des vertriehenen Strickes in der Joseph'schen Armaturenfabrik betheiligtes differentes Verhalten, indem sie nach Proklamirung des Strickes in jener Fabrik weitergearbeitet oder in Arbeit getreten, die Pflichten der Solidarität verletzten und den Verein zu zweifelhafte Disziplin wurden diese Anschuldigungen von allen Rednern als wohl begründet dargestellt und man sich ausnahmslos für den beantragten Ausschluß aus. Ferner erlebte der Verein mehrere innere Vereinsangelegenheiten, als Kommissionswahlen u. dgl. Die nächste Versammlung findet am 7. l. M. statt.

3. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Tapezierer wählte in seiner gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. d. M. bei Grottel unter dem Vorsitz des Herrn Wildberger, nach kurzer Diskussion eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission, welche der nächsten Versammlung Vorschläge über die Angelegenheiten vorlegen soll, unter denen sich der Verein an dem gemeinsamen Tapezierer-Fachorgan betheiligen könnte, beziehungsweise die Stellung derselbe dem zu gründenden Blatte gegenüber einzunehmen hätte.

4. Eine Mitglieder-Versammlung der Allgemeinen deutschen Kranken- und Begräbniskasse für Weber, Spinner, Färber und Arbeiter in verwandten Gewerben, beiderlei Geschlechts, E. G., findet Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Saale Saegers Restaurant, Unter den Eichen 29, statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Wahl von Kassirer, 3. Innere Angelegenheiten. Statuten sowie nicht abgeholte Mitgliedsbücher sind in Empfang zu nehmen.

5. Eine Versammlung der freien Vereinigung der Arbeiter und Fachgenossen findet am 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Scherer, Inselstr. 10, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist der wichtigen Tagesordnung halber dringend gewünscht.

6. Die Krankenversicherung der jungen Kaufleute die Bedeutung der Nationalen kaufmännischen Krankenkassen-Etablisse für dieselben“ lautet die Tagesordnung einer am Abend 8 1/2 Uhr in Schultze's Brauerei, Neue Jakobstr. 10, stattfindenden öffentlichen Versammlung der Kaufleute des Reiches, dem sein eigenes Wohl am meisten liegt, ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

7. Die hiesige freireligiöse Gemeinde veranstaltet am laufenden Quartal im Louisenstädtischen Konzerthaus, Jakobstraße 37, Donnerstags in 14 tägigen Zwischenräumen eine Reihe von Abendvorträgen, in denen wesentlich Positive in der monistischen Weltanschauung nachzuweisen werden soll. In der nächsten Versammlung, Donnerstag, 12. Februar, Abends 8 Uhr, behandelt Herr Schuler das Thema: die priestliche Zeugung der Selbsterlösung des Menschengeschlechts. Zutritt steht Jedem frei.

8. Gesangsverein Borax. Donnerstag Drantien bei Braun, Abends von 8 1/2–10 1/2 Uhr, Uebungsstunde.

Briefkasten der Redaktion.

Strahnenabonnent, Moritzplatz. Die polytechnischen Schulen nehmen junge Leute mit verschiedener Vorbildung ebenso wie das Hören an der Universität nicht aus dem Gymnasial-Abiturienten gefaßt ist. Wer aber ein Examen des Polytechnikus ablegen will, muß das Examen der Reife vom Gymnasium oder Realschule 1. Ordnung bestehen. Die „Fachschulen“ der polytechnischen Anstalten sind ausser den Leuten von geringerer Vorbildung zugänglich.

Unwissender. Die Militärpflicht beginnt am 1. Januar des Jahres, in welchem der Wehrpflichtige sein 20. Geburtstag vollendet. Die Anmeldung zur Stammrolle muß in dem Jahr vom 15. Januar bis 1. Februar erfolgen. Wenn dies noch nicht gethan haben, so ist es jetzt die allerhöchste Zeit.

Theater.

Königliches Opernhaus.
Heute: Die Walküre.

Königliches Schauspielhaus.
Heute: Die Karolinger.

Deutsches Theater.
Heute: Fiesko.

Bellevalliance-Theater.
Heute: Der Salontrottel.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Gasparone.

Central-Theater:
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Waiser-König.

Residenz-Theater:
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Ehrensoldaten. Hierauf: Die Schulleiterin.

Walhalla-Operetten-Theater:
Heute: Der Feldprediger.

Louisenstädtisches Theater:
Heute: Madin, oder: Die Wunderlampe.

Ostend-Theater:
Heute: Der Prinz von Monte Plasco.

Wallner-Theater.
Heute: Die Sorglosen.

Victoria-Theater.
Heute: Sulfurina.

Alhambra-Theater.
Heute: Die Schule des Lebens.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger Cigarrenmacher nach Außerhalb w. verlangt. Zu erfragen bei Frau Clemens, Gartenstr. 13, 5 Tr. 273

2 Lehrlinge f. m. Posamentier u. Wäsche-Geschäft mit Vergütung verlangt pr. 15. d. M. 274

Elegmund Berger, 65 Alte Jakobstr. 65.

Zur gest. Kenntnissnahme!

A. de Néve's Special-Liste für kaufmännische Vacanzen erscheint wöchentlich 3 Mal Barnimstr. 42 I. Eine freundl. Schlafstelle Anhaltstraße 16, Habicht. 280

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer.

Großer Wiener Maskenball
am Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, Chausseestraße 88 im Cirkeller.
Sämtliche Maurer sind hiermit eingeladen. — Billets für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf.
Billets sind zu haben: Dertel, Schleißstr. 12, 1 Tr.; Scheel, Fehrbellinerstr. 70, 3 Tr.; Weimann, Blumenstraße 51 b, 3 Tr.; Wittwer, Sossenerstr. 27, 3 Tr.; Paesch, Admiralstr. 28, 3 Tr. 275

Größtes Lager sämtlicher Bedarfsartikel für Herren-Kleidermacher. En gros. Versand-Geschäft. En détail.

Nach beendeter Inventur verlaufe auch im Einzelnen zu Engros-Preisen und gebe bei größeren Einkäufen Vereinbarung extra Rabatt.

Spezialitäten: Italien-Cloth, echt schwarz, Meter 1.50, 1.80, 2.00, 2.25, 2.50–2.75.
Nermsfutter, elegante Muster, Meter 0.30, 0.40, 0.45, 0.50, 0.60, 0.70, 0.75–1.00.
Röper, Shirting, Zwischensutter, Taschen-Kadul, Meter 25, 30, 35, 40, 50–60 Pf.
Wattirungs- und Doseleinen, Meter 40, 45, 50, 60, 70–75 Pf.
Borten elegant, Robair, Cachemir und Seide, Meter von 6–30 Pf.;
Borten bei Abnahme von Stücken extra 10 pSt. Rabatt.
Schnallen, Haken u. Dösen, Laßing- und Steinnußknöpfe jeder Art, sowie Rieth- und Metallknöpfe, Knöpfe, Chappe, Seide, Garne, Zwirne u. Baumwolle etc. etc. zu Original-Fabrik-Preisen.
Die angekauften Reste von Futterstoffen, Cloths, Leinen, Sommerdrells, baumw. Stoffen, Anzugstoffen etc. werden bedeutend unter dem Kostenpreise ausverkauft.
Neuheiten in weißen und bunten Westentstoffen zu sehr billigen Preisen empfiehlt

Siegmund Berger, Berlin S., 65 Alte Jakobstraße 65.

en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail. Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarretten und Tabake. (Echt Nordhäuser Raustabak)